

Die Bundeswehr in Afghanistan

Analysen an den Grenzen des Heimatdiskurses

CHRISTOPHER ROBOTHAM UND SASCHA RÖDER

Die Ereignisse des 11. September 2001 in New York markieren den Anfangspunkt einer deutschen Debatte um eine zunächst potentielle, ab Anfang 2002 dann faktische Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan. Wir analysieren die diesbezügliche Berichterstattung in den Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ)¹ und *die tageszeitung* (taz)² sowie in der Wochenzeitung *Die Zeit*³ im Zeitraum vom 11.09.2001 bis 31.12.2011. Die Bezugnahmen auf die Thematik *Bundeswehr in Afghanistan* im untersuchten Pressediskurs sind vielfältig. Nur ein Teil der Berichterstattung bezieht sich unmittelbar auf das Agieren der Bundeswehr in Afghanistan und das dortige Geschehen. Auf den Bundeswehreinsatz in Afghanistan wird auch häufig argumentativ zugegriffen, wenn es letztlich um deutsche Themen und die Durchsetzung von Politik in Deutschland geht.

Unsere Analysen des Zeitungsmaterials sind einerseits Ausgangspunkt für eine thematische Erschließung und Kritik des Heimatdiskurses. Sie fließen andererseits in unsere theoriekritischen Überlegungen ein. Hier geht es darum, einige methodische, theoretische und thematische Grenzziehungen, die mit der Theorie des Heimatdiskurses eingeführt werden, zu problematisieren. Wir gliedern unsere Untersuchung in zwei Teile.

-
- 1 Die Ausgaben der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) wurden ebenfalls berücksichtigt.
 - 2 Inklusive Le Monde Diplomatie Deutschland (LMD).
 - 3 Berücksichtigt werden Artikel, die im Zeit Online Print-Archiv enthalten sind (www.zeit.de/archiv).

Im ersten Teil setzen wir uns mit der Abgrenzung des Zivilen vom Militärischen auseinander. Wir beobachten dazu in der Berichterstattung wiederholt Kontroversen. Dies betrifft die Unterscheidung von *International Security Assistance Force* (ISAF) und *Operation Enduring Freedom* (OEF), die semantischen Kämpfe um Begriffe wie *Einsatz*, *Intervention*, *Krieg* und *Frieden* sowie die Auseinandersetzung mit Konzepten bzw. Praktiken zivil-militärischer Zusammenarbeit. Die Theorie des Heimatdiskurses ist in diese Abgrenzungsproblematiken verwickelt.

Im zweiten Teil spitzen wir unsere Kritik zu und fragen nach den Grenzen der Theorie des Heimatdiskurses. Es geht hierbei um Aspekte wie den Zuschnitt des Gegenstandsbereichs, die Ausrichtung des Erkenntnisinteresses und den Umgang mit der Empirie. Auch wir – nicht nur die Herausgeber – stoßen im von uns gesichteten Material auf eine Reihe an Indizien dafür, dass es spezifisch *deutsche* Diskurselemente gibt. Es stellt sich aber die Frage, ob der analytische Fokus auf diese und den deutschen Heimatdiskurs dazu führt, die *afghanische* Perspektive auszublenden. Wir diskutieren dies, indem wir verstärkt unser Augenmerk auf die Beziehung zwischen Deutschland und Afghanistan legen.

Andererseits kritisieren wir die Herauslösung des Heimatdiskurses aus umfassenderen gesellschaftlichen und diskursiven Kontexten. So betrachten wir den Interventionsdiskurs als umkämpften Bestandteil eines größeren Diskurszusammenhangs. Die Konstruktion und Definition des Heimatdiskurses sind politisch bedeutsame wissenschaftliche Akte. Wissenschaft und Interventionspolitik hängen miteinander zusammen. Wir untersuchen die Problematik anhand exemplarischer wissenschaftlicher Positionen, wie sie im Pressediskurs auftauchen. Unser Interesse ist letztlich darauf gerichtet, herauszuarbeiten, inwiefern der Forschungsansatz des Heimatdiskurses selbst politisch Stellung bezieht.

1 METHODIK UND MATERIALAUSWAHL

Unsere Analyseschwerpunkte kristallisierten sich erst im Laufe des Forschungsprozesses im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Theorie des Heimatdiskurses und dem von uns untersuchten Zeitungsmaterial heraus. Sie sind Ergebnis eines explorativen Forschungsprozesses.

Unser Erkenntnisinteresse war von Beginn an ein doppeltes: einerseits die thematische Erschließung des Heimatdiskurses voranzutreiben, andererseits eine Kritik der Theorie des Heimatdiskurses anzustoßen. Wir nehmen damit eine Zwischenposition zwischen dem „Innen“ des konstruierten Heimatdiskurses und dem „Außen“ externer Kritik ein. Wir befinden uns *innerhalb* der Theorie des

Heimatsdiskurses, was die Auswahl unseres empirischen Untersuchungsmaterials und den thematischen Fokus angeht. Wir befinden uns *außerhalb* der Theorie des Heimatsdiskurses, was bestimmte Deutungsmuster, Thesen, Setzungen und Lesarten angeht, die mit ihr eingeführt werden. Wir wählen diese Positionierung an der Grenze, weil wir einerseits die Problematik der Auslandseinsätze der Bundeswehr für bedeutsam und erforschenswert halten, andererseits den wissenschaftlichen Umgang mit der Thematik, wie ihn die Theorie des Heimatsdiskurses vorschlägt, in einiger Hinsicht für problematisch halten.

Die Theorie des Heimatsdiskurses macht die faktischen Äußerungen von Journalisten, Politikern, Soldaten, Experten, Wissenschaftlern u.a., wie sie in den Printmedien, Fach- und Populärliteratur, Film, Kunst etc. empirisch observierbar sind, auf eine bestimmte Art und Weise sichtbar und interpretierbar, ordnet sie theoretisch an und kontextualisiert sie. Die Analysen zum Heimatsdiskurs gehen selbst in den Heimatsdiskurs ein. Wir sprechen daher von einem *faktischen Heimatsdiskurs*,⁴ zu dem auch wissenschaftliche und metareflexive Beiträge gehören.

Die Materialauswahl war unter diesen Gesichtspunkten herausfordernd. Es galt sowohl dominante Diskursbestandteile als auch thematische Randzonen und Grenzbereiche des faktischen Heimatsdiskurses zu erschließen, um diese dann miteinander und mit der Theorie des Heimatsdiskurses konfrontieren zu können. So können Entsprechungen und Abweichungen markiert und neue Perspektiven aufgeworfen werden. Mit der Auswahl von *FAZ*, *taz* und *Zeit* haben wir versucht ein gewisses Spektrum politischer Ausrichtungen innerhalb der Presselandschaft einzufangen⁵ und heterogene Textsorten (Leitartikel, Interviews, Reportagen aus Afghanistan, Gastbeiträge von Experten und Wissenschaftlern, Artikel aus Poli-

4 Wir führen eine Differenzierung hinsichtlich des Begriffs des Heimatsdiskurses ein. Bei Daxner überlagern sich zwei Bedeutungsebenen: Heimatsdiskurs als Summe empirisch nachvollziehbarer diskursiver Praktiken (vgl. Daxner in diesem Band): und Heimatsdiskurs als „Macht im Dunkel des Nichtgesagten“ (ebd.: 35) bzw. als mysteriöses, anonymes Subjekt, das die Gesellschaft auf etwas „vorbereitet“, sich auf Optionen „einrichtet“, Handlungen „beeinflusst“. In letzterer Bedeutungsvariante steht „Heimatsdiskurs“ letztlich für die Deutungsvorschläge, Dekonstruktionen und Belehrungen, die Forscher innerhalb des theoretischen Rahmens des Heimatsdiskurses artikulieren. Wie Daxner sind wir der Meinung, dass die Analyse des Nicht-Gesagten wichtig ist, weisen aber auf die Differenz zum Ausgeschlossenen, Ungedachten und Marginalisierten hin.

5 Wir gehen aber davon aus, dass wir im Wesentlichen hegemoniale Artikulationen und den medialen Mainstream untersuchen. Wir untersuchen Artikel, die vornehmlich in Deutschland und von Deutschen geschrieben wurden.

tik- und Feuilletonressorts, Buchbesprechungen etc.) einzubeziehen. Uns interessiert der Pressediskurs, da sich in diesem eine gewisse Komplexität reflektiert. Verschiedene Diskursebenen verschränken sich hier miteinander: z.B. der journalistische Diskurs, wissenschaftliche Spezialdiskurse und der Politikerdiskurs (Jäger und Jäger 2007: 28).

Aufgrund der Entscheidung mehrere Zeitungen über einen längeren Zeitraum in Betracht zu ziehen, sahen wir uns mit einer erheblichen Materialmenge konfrontiert. Um zu einer bearbeitbaren Anzahl an Artikeln zu gelangen, war eine manuelle Feinauswahl nötig.⁶ Im Laufe des Forschungsprozesses wurden zusätzliche Artikel nachrecherchiert, nachdem sich bestimmte Analyseschwerpunkte herauskristallisiert hatten. In Stichproben wurden alternative Suchstrategien erprobt, um quantitative Abschätzungen vornehmen zu können oder den Materialkorpus thematisch fokussiert zu ergänzen.⁷ Am Ende umfasste unser Materialkorpus 218 Artikel.

Das Material diente uns gleichermaßen als thematische Quelle, Denkhorizont und Kritikinspiration in der Auseinandersetzung mit der Theorie des Heimatdiskurses. Dies erfordert unsere Lesarten⁸ zu problematisieren und das Zeitungsmaterial auf einige konkrete Fragen hin zu untersuchen: Wer kommt im Heimatdiskurs zu Wort? Welches symbolische Kapital wird eingesetzt und mit welcher Autorität wird gesprochen? Woher kommt das Wissen, welche praktischen Effekte produziert es? Welche Bedeutung kommt Theorie, wissenschaftlichem Wissen und Spezialwissen zu?

6 Diese Feinauswahl war insofern strategisch, als es uns darum ging Material zu identifizieren, das die Thesen des Heimatdiskurses in seiner jetzigen Form irritiert. Kriterium für die Feinauswahl war die oben beschriebene Mischung aus thematischer Einschlägigkeit und Heterogenität.

7 Die ursprünglichen Suchwörter waren „Afghanistan“ und „Bundeswehr“. Wir suchten in einem ersten Schritt über die jeweiligen Online-Suchportale nach 5 einschlägigen Artikeln pro Jahr pro Zeitung, die die Suchwörter „Afghanistan“ und „Bundeswehr“ enthalten. Diese wurden ergänzt um Schlagworte die auf nicht-militärische Dimensionen verwiesen (zivil*, Frieden*, Aufbau*) und Schlagworte die auf wissenschaftlich interessante Texte hindeuten (Wissen*, Philosoph*, Intellektuell*, Expert*).

8 Worin besteht der politische Gehalt der von uns vorgenommenen Deutungen? Mit welchen wissenschafts-, diskurs- aber insbesondere auch politik- und gesellschaftstheoretischen Hintergrundannahmen treten wir an das Material heran?

2 ZIVIL-MILITÄRISCHE GRENZZIEHUNGEN IM HEIMATDISKURS

Wir beobachten in der Berichterstattung über den gesamten Zeitraum hinweg Kontroversen bezüglich der Abgrenzung zwischen Zivilem und Militärischem. Die Problematik durchzieht mehrere Themenstränge. Wir zeigen zunächst am Beispiel bestimmter Begriffssetzungen, wie der Eindruck von Uneindeutigkeit im untersuchten Zeitungsmaterial entsteht.⁹ Die Diagnose von Uneindeutigkeit selbst erklärt wenig. Es wird daher darauf ankommen zu ergründen, worauf sie im jeweiligen Kontext beruht – politischen Streit, Mehrdeutigkeit der Begriffe, Unwissenheit der Sprecher, Sprechverbote?

ISAF/OEF – Frieden/ Krieg

Zivil-militärische Grenzziehungen prägen die Diskussionen um die formelle Trennung zwischen der Operation Enduring Freedom (OEF) und der International Security Assistance Force (ISAF). Die Trennung wird früh von Journalisten thematisiert (Weiland in taz 22.12.2001: 1) und in verschiedener Hinsicht kritisiert (z.B. Innacker in FAS 10.03.2002: 3, Schwarz in taz 13.03.2002: 6, Chauvistré in taz 28.09.2005: 6, Löwenstein in FAZ 29.10.2005: 12). So wird hinterfragt, ob die Trennung eine Strategie der Euphemisierung sei:

„Vor allem grüne Politiker unterscheiden gern zwischen dem ‚guten‘ Auftrag der Friedenstruppe und dem zwiespältig gesehenen Kampfeinsatz amerikanischer, britischer und deutscher Einheiten zur Jagd auf Al Qaida. ‚So können nur Politiker reden‘, meint ein hoher Bundeswehroffizier und ergänzt: ‚Die Kommando-Soldaten und die Soldaten der Friedenstruppe führen zwar unterschiedliche Aufträge aus, doch sie dienen einem Ziel – dem Kampf gegen den Terror. [...] Das KSK, so heißt es in der Fraktionsspitze der Grünen als Selbstberuhigung, führe ja ‚polizeiliche Aktionen‘ durch.“ (Innacker in FAS 10.03.2002: 3)

Eine andere Kontroverse besteht darin, ob die Rede von einer formellen Trennung der Mandate den militärpraktischen Realitäten vor Ort in Afghanistan an-

9 Die wichtigen Fragen, die eine Heimatdiskursanalyse allein nicht abschließend beantworten kann, lauten: In welchen Hinsichten ist die Rede vom Zivil-Militärischen realitätsadäquat? Welche Effekte hat sie, und was macht sie möglich? Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen ist die Verbindung ziviler und militärischer Komponenten ein legitimes und wirksames Instrument der Konfliktbearbeitung?

gemessen ist. Besonders sichtbar wird diese 2006 in den Debatten um die Entsendung von Tornados im Rahmen von ISAF:

„Die Wirklichkeit auf dem Papier ist überschaubar und relativ ungefährlich. Die Aufklärungs-, Tornados‘ der Bundeswehr dürfen in Afghanistan nicht zur Unterstützung von kämpfenden Einheiten am Boden eingesetzt werden. [...] Selbst in der Bundeswehr betrachtet man die Trennung zwischen ISAF und OEF nur als theoretisch. Über die Nutzung der von den ‚Tornados‘ gelieferten Bilder entscheidet der Nato-Oberkommandierende in Afghanistan. Dies ist US-General Dan McNeill. Er dürfte eine Trennung beider Missionen kaum unterstützen.“ (König in taz 07.02.2007: 5)

Bettina Gaus weist schon früher darauf hin, dass die ISAF auf die Absicherung durch OEF angewiesen ist:

„Mohammed Daud ist besser ausgerüstet als die deutschen Soldaten. Er verfügt über Panzer, diese hingegen nicht über panzerbrechende Waffen. Der regionale Fürst könnte die Deutschen jederzeit aus seinem Gebiet vertreiben. Allerdings hätte er dann wohl die US-Luftwaffe am Hals, die nicht unter UN-Mandat, sondern im Rahmen der Operation Enduring Freedom operiert, also einen Kampfauftrag erfüllt. Krieg und Frieden scheinen sich in Afghanistan nicht eindeutig voneinander trennen zu lassen.“ (Gaus in taz 28.02.2004: 4)

Das Zitat von Gaus signalisiert, dass die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Frieden und Krieg mit der Trennung von ISAF und OEF zusammenhängen. Dieselbe Journalistin der *taz* hatte bereits im März 2002, es ging um eine mögliche Führungsrolle Deutschlands beim „Friedensprozess“, ein Problem mit der Koexistenz von Krieg und Frieden diagnostiziert:

„Es gibt kaum eine ehrenvollere Aufgabe als die, im Auftrag der Vereinten Nationen einen Friedensprozess zu überwachen. Warum also reißt sich Deutschland – in den eigenen Augen eine verantwortungsbewusste Mittelmacht – nicht um die Gelegenheit, die Führungsrolle des UN-mandatierten Einsatzes in Afghanistan zu übernehmen? [...] Der Hauptgrund für die deutsche Zurückhaltung aber dürfte in etwas anderem zu sehen sein: nämlich in der Erkenntnis, dass man schwerlich gleichzeitig Krieg führen und Frieden bringen kann.“ (Gaus in taz 15.03.2002: 12)

Hier fragen wir, ob ein Friedensprozess ein Kriegsende voraussetzt oder ob es sich um einen Prozess weg vom Krieg und hin zum Frieden handelt. Krieg und Frieden werden nicht als gesellschaftliche Zustände angesprochen, sondern als

Aktivitäten. Frieden wird gebracht, wie Krieg geführt wird. Gerade in dieser Hinsicht wird Gaus' These aber fragwürdig. Unterschiedliche Praxisformen können, mehr noch als gesamtgesellschaftliche Zustandsbeschreibungen, koexistieren, ggf. aber nicht in denselben Territorien. Das Problem liegt wohl eher darin, in Deutschland nicht gleichzeitig kommunizieren zu können, ausschließlich Frieden zu bringen und auch Krieg zu führen.

Uneindeutigkeit findet sich auch in Wortschöpfungen wie der Rede von einem „halben Frieden“ – so der Titel eines Kommentars von Theo Sommer Ende 2001 (Sommer in ZEIT ONLINE 13.12.2001). Sommer differenziert die Dichotomie von „Krieg führen“ und „Frieden schaffen“ weiter aus. Letzteres umfasse „Stabilisierung“, „Aussöhnung der verfeindeten ethnischen Gruppen“, „Nation-building“, „humanitäre Hilfe“ und „Wiederaufbau“. Der Frieden muss erst geschaffen werden, ist noch nicht da, erfordert also aktives Tun. Der Prozess des Frieden-Schaffens muss „von außen militärisch abgesichert“ werden. Ist diese militärische Dimension Teil des „Krieg führen[s]“ oder „Frieden schaffen[s]“? Das lässt Sommer im Unklaren. Das Verhältnis Frieden-Krieg ließe sich an vielen anderen Fundstellen diskutieren und vertiefen. Beispielsweise wird es noch viel später in der Ausdeutung des symbolträchtigen Ereignisses der Totenkopf-affäre 2006 angesprochen:

„Der Bilderskandal bringt etwas näher, was wir uns lieber fernhalten wollen. Das ist die Auseinandersetzung darüber, was Afghanistan bedeutet: Krieg. Jedenfalls eher Krieg als Frieden, und vielleicht sogar einen Krieg, dessen Sieger nicht feststeht. Und dass auch Deutschland, nicht weniger als jedes andere Land, von Soldaten verlangt, für politische Ziele ihr Leben in die Waagschale zu werfen.“ (Zastrow in FAZ 29.10.2006: 3)

Wenn auch in anderem Kontext, deutet die sprachliche Wendung „eher Krieg als Frieden“ auch hier darauf hin, dass die Abgrenzung keine dichotome mehr ist. Es wird von einem Kontinuum zwischen Frieden und Krieg ausgegangen.

Dominanz des Kriegsbegriffs

Die zivil-militärische Abgrenzungsproblematik spielt weiterhin in den sehr präsenten semantischen Kämpfen um die Verwendung der Begriffe Einsatz, Intervention und Krieg eine wichtige Rolle. Wir diskutieren hier erneut den Kriegsbegriff, allerdings in Relation zu anderen Begriffen und in anderen Kontexten.

Wir konstatieren insgesamt eine latente Dominanz des Kriegsbegriffs.¹⁰ Zu dieser scheinen viele Faktoren beizutragen. Einerseits wird der Umgang mit dem Kriegsbegriff häufig als eine spezifisch deutsche Problematik angesprochen, in engem Zusammenhang mit dem Thema einer außenpolitischen Normalisierung Deutschlands (siehe auch Al Ahmad et al., in diesem Band). Er bildet eine Reibungsfläche (Ist es nicht *doch eher* Krieg?) und ist besonders umkämpft. Der Nationalsozialismus und der 2. Weltkrieg sind hier Bezugspunkte, wobei sich der Zugriff auf diese Themen wandelt. Ende 2001 postuliert Stefan Reinecke noch einen „Krieg ohne Hitler“ (so der Titel des Artikels):

„2001 ist die NS-Zeit als politischer Bezugsrahmen verschwunden. [...] Die Afghanistan-Debatte zeigt, dass solche Vergleiche überflüssig geworden sind. Das ist Indiz eines fundamentalen Umbruchs: Die Nachkriegszeit ist endgültig vorbei. Was am 9. November 1989 begann, ist jetzt vollendet: die Normalisierung Deutschlands. Damit ist auch die rhetorische Nutzung der NS-Zeit stillgelegt.“ (Reinecke in taz 08.11.2001: 12)

Viel später, im Jahr 2009 – inzwischen hatte sich längst eine explizite Sprachthematisierung um den Kriegsbegriff herausgebildet – (siehe z.B. Winkelmann in taz 20.09.2008: 12, Haas in ZEIT ONLINE 22.04.2010), schreibt Heinrich Wefing:

„Man muss nur einmal den Alten zuhören, wenn sie vom Krieg erzählen. Den betagten Eltern, den Großeltern, den greisen Tanten. Da bleiben keine semantischen Zweifel. Krieg, das ist nicht irgendein Feldzug. ‚Der Krieg‘ – das ist der Zweite Weltkrieg. Brennende Städte, Millionen Tote. Väter, Söhne, Brüder, die nicht mehr nach Hause kamen. Man

10 Vgl. hierzu auch die Einschätzung bei Daxner: „Der Begriff Heimatdiskurs ist ohne (s)eine Verbindung zum Krieg in unserer Sprachtradition kaum zu verfolgen.“ (Daxner ebd.: 33). Ein Indiz ist auch die Häufigkeit mit der der Kriegsbegriff in Titeln von Zeitungsartikeln auftaucht (für unsere Auswahl in 24 von 218). Bereits die Titelbezeichnungen lassen die Bedeutungsvielfalt des Kriegsbegriffs im Heimatdiskurs erahnen: z.B.: „Fischer, der Krieg, und die Vision“ (Geis in ZEIT ONLINE 27.09.2001), „Krieg ohne Hitler“ (Reinecke in taz 08.11.2001: 12), „Deutschland im Krieg“ (Innacker in FAZ 10.03.2002: 3), „Krieg gegen die Deutschen?“ (Lau in ZEIT ONLINE 23.08.2007), „Unser erster Krieg“ (Böhm in ZEIT ONLINE 21.02.2008), „Der Krieg der anderen“ (Willeke in ZEIT ONLINE 15.09.2008), „Es ist Krieg – und keiner schaut hin“ (Tenberg in FAZ 02.02.2009: 13), „Krieg“ (Wefing in ZEIT ONLINE 12.11.2009), „Krieg ist plötzlich ein tröstendes Wort“ (Haas in ZEIT ONLINE 22.04.2010).

kann nicht vom Krieg sprechen in Deutschland, ohne vom Zweiten Weltkrieg zu sprechen. Das war bei den Balkankriegen in den neunziger Jahren so, das ist jetzt wieder so beim Bundeswehreininsatz in Afghanistan.“ (Wefing in ZEIT ONLINE 12.11.2009)

Ein paar Wochen später liest man bei Cora Stephan im Artikel „Wir Friedensverwöhnte“:

„Die historische Erinnerung hierzulande ist mit Umweg über Bombennächte im Zweiten Weltkrieg beim Dreißigjährigen Krieg angelangt. Das heißt fürs Kriegsbild: Wir denken dabei an maximale Verwüstung und Vernichtung der Zivilbevölkerung. Dieses Bild des Krieges macht die Debatte über den Einsatz in Afghanistan so hochemotional. [...] Zivile Opfer sind in Afghanistan schwer zu vermeiden, da sie von der Gegenseite gewollt sind – das ist das Kennzeichen eines asymmetrischen Krieges.“ (Stephan in FAS 06.12.2009: 13)

Hier sieht man wie solche historischen Fixpunkte miteinander verknüpft werden, sich überlagern und verschieben – die Rede vom „asymmetrischen Krieg“ beispielsweise hat nach den Anschlägen am 11. September besonderen Auftrieb bekommen. Deutlich wird hier besonders, dass historische Äußerungen im Heimatdiskurs nur in ihrem Kontext verständlich werden. Reinecke bezieht sich im Wesentlichen auf die Legimationsdebatte um den Afghanistaneinsatz, hier spielten Referenzen auf den Nationalsozialismus möglicherweise wirklich eine geringe Rolle. Unter Bedingungen einer verschärften Sicherheitslage und nach dem Luftangriff bei Kunduz schreibt Wefing über etwas ganz anderes – Kriegsassoziationen in bestimmten Teilen der deutschen Bevölkerung. Die Ausführungen müssen hier kursorisch bleiben. Klar ist jedenfalls, dass eine Analyse der Stellung des Kriegsbegriffs im Heimatdiskurs ein anspruchsvolles Unternehmen ist.

Wir haben damit bereits einen weiteren Faktor für die Dominanz des Kriegsbegriffs gestreift – etwas, dass wir als *semantische Öffnung* des Kriegsbegriffs bezeichnen würden. Diese wurde nach 9/11 politisch und teils wissenschaftlich vorangetrieben. In einem Zeit-Interview kurz nach den Anschlägen in New York mit dem damals amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder wird der Kriegsbegriff explizit thematisiert, wobei von zwei „Kriegen“ die Rede ist: zum einen ist, bezogen auf die Anschläge des 11. Septembers 2001, von einem (speziell aus völkerrechtlicher Perspektive) Krieg „neuer“ Art die Rede:

„Es handelt sich nicht um einen Krieg im klassischen Sinne. Es ist – und das haben die Entschlüsse von 1368 und 1373 des Sicherheitsrats legitimiert – die Antwort auf einen nicht ausdrücklich erklärten Krieg der Terroristen mit kriegesischen Mitteln. Deswegen

stimmt der Begriff Krieg nur dann, wenn man ihn seiner historischen Bedeutung ein wenig entkleidet.“ (Schröder in Hofmann in ZEIT ONLINE 18.10.2001)

Zum anderen stimmt Schröder hinsichtlich der amerikanisch geführten militärischen Operationen in Afghanistan der These Gunter Hofmanns zu, dass diese „der Form nach [...] militärisch ganz traditionell angelegt“ (Hofmann in ZEIT ONLINE 18.10.2001) seien. Denn:

„Zunächst einmal geht es darum, die Unterschlupfmöglichkeiten für Terroristen zu zerstören und auf dieser Basis ihrer dann habhaft zu werden.“ (Schröder in Hofmann in ZEIT ONLINE 18.10.2001)

Als es zuvor darum ging, ob die Deutschen „in einem Krieg landen“ würden, holt Schröder weit aus, verweist auf „einen militärischen Beitrag“ und darauf, dass es der Realität angemessen sei, „militärische Interventionen“ nicht zu tabuisieren. Es gehe um eine „neue Form der Selbstverteidigung“ (so auch der Titel unter dem das Interview veröffentlicht wurde). Eine Analyse des Schröder-Interviews macht deutlich, dass bedeutsame Merkmale des Heimatdiskurses schon vor der Präsenz der Bundeswehr feststellbar sind, bzw. dass diskursive Weichenstellungen frühzeitig vorgenommen wurden. Krieg ist durchaus sagbar, nur nicht in bestimmten Kontexten, nämlich wenn es um eine deutsche Beteiligung geht. Hier weicht Schröder auf den Begriff militärischer Interventionen aus. Die Verwendung des Kriegsbegriffs in diesem Zusammenhang ist ein Problem politischer Eliten, weniger eines von Journalisten. Ob Krieg sagbar ist, oder was Krieg bedeutet, und welche Effekte das Aussprechen dieses Wortes hat, hängt stark von Kontexten und Sprechertypen ab.

Wissenschaft, Politik und Neue Kriege

Die Öffnung des Kriegsbegriffs vergrößert die politischen Handlungsspielräume. Es gibt hier Verbindungslinien zu (politik)-wissenschaftlichen und international geführten Debatten um Begriffe wie „Neue Kriege“ und „asymmetrische Kriege“. Man kann dies für den Heimatdiskurs exemplarisch diskutieren indem man Äußerungen Gerhard Schröders mit solchen, die dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler zugeschrieben werden, konfrontiert. Bei Schröder heißt es im besagten Interview:

„Seit dem 11. September ist, weil der Konflikt privatisiert und internationalisiert worden ist, eine neue Bedrohungslage entstanden [...] Das ist das qualitativ Neue, nicht etwa der

Wunsch, weltweit intervenieren zu können.“ (Schröder in Hofmann in ZEIT ONLINE 18.10.2001)

Im Artikel „Der Ein-Mann-Think-Tank“ wird zwei Jahre später rückblickend Münklers Beitrag zur Debatte verhandelt:

„Wir sind, sagt er [Münkler], Zeitzeugen einer weitreichenden Entstaatlichung des Krieges. Anders gesagt: einer Privatisierung des Krieges. Die Gestalten, in denen sich dieser neue, privatisierte Krieg verdichtet, sind der Söldner, der Kindersoldat, der Warlord und der international vernetzte Terrorist. [...] Herfried Münkler hat als einer der ersten Politologen hierzulande begriffen, dass unsere althergebrachten Vorstellungen vom Krieg untauglich geworden sind.“ (Lau in ZEIT ONLINE 30.10.2003)

Ob dieser letzte Satz stimmt, ist umstritten, nicht nur aus historischer Perspektive, sondern auch insofern, als eine solche Behauptung eine Form von Komplizenschaft mit einem Diskurs impliziert, der die problematische Entwicklungen in der internationalen Sicherheitspolitik und -Praxis legitimiert. Die Feststellung allein, dass Schröder und Münkler in bestimmter Hinsicht fast dasselbe sagen, ist an sich nicht besonders aufschlussreich. Hat Münkler die Politik beeinflusst, oder liefert Münkler die Theorie zu einer politisch gewollten Praxis? Sollten wir die ausgeprägte Präsenz von Münkler im Heimatdiskurs¹¹ als ein Indiz für eine äußerst limitierte Rezeption von Wissenschaft verstehen? Oder fungiert Münkler als Übersetzer und Katalysator militärnaher Wissensformen, die international zirkulieren, in die deutsche Debatte? (dazu Rid in ZEIT ONLINE 10.04.2008, Malinowski in ZEIT ONLINE 05.01.2011).

Einsatz, Intervention, Krieg

Die Problematik zivil-militärischer Uneindeutigkeit tritt zutage, wenn nach dem Verhältnis des Kriegsbegriffs zu den Begriffen Einsatz und Intervention gefragt wird, genau genommen nach dessen Stellung in einem komplexen Begriffsnetz zu dem auch Begriffe wie *Frieden*, *Konflikt*, *(Wieder-)Aufbau*, *Entwicklung*, *Kampf*, *Polizeiaktion* und *Nation-building* gehören. Einfache Zuordnungen funktionieren hier nicht. Begriffe wie *Einsatz*, *Intervention* und *Krieg* transportieren unter anderem Assoziationen hinsichtlich der *Praktiken von Akteuren* (hier: Sol-

11 Münkler bleibt über den gesamten Zeitraum 2001-2011 hinweg präsent, ob als Stichwortgeber (Lau in ZEIT ONLINE 30.10.2003), Autor (Münkler in FAZ 09.10.2006: 8) oder zu Kritisierender (Walther in taz 19.08.2010: 15-16).

daten der Bundeswehr). Brückenbauen als Praktik von Soldaten dürfte beispielsweise mit Assoziationen zu Friedenseinsatz kompatibel sein. Partnering als Bestandteil von Interventionen verweist auf eine *Interaktion zwischen Intervenerenden und Intervenierten* bzw. interaktive Praktiken. Kämpfen und Töten wird eher Krieg zugeordnet. Damit steht Krieg in dieser Hinsicht für ein eher einfaches, eindimensionales Geschehen (Verwüstung, Gewalt). Dennoch geht Krieg nicht in militärischen Kampfhandlungen auf, sondern greift auf zivile Elemente zurück. Dass dies schon länger gilt, ließe sich am Begriff der „Heimatfront“¹² diskutieren, der in der Berichterstattung zu Afghanistan wieder auftaucht (siehe z.B. Amendt in FAZ 08.03.2004: 40, Ehrhardt in FAZ 16.10.2008, Walther in taz 27.05.2010: 12). Krieg kann sowohl geführt werden (Praktik), als auch herrschen (gesellschaftlicher Zustand). Man könnte argumentieren, dass mit der Theorie der Interventionsgesellschaft nahe gelegt wird, dass es Sinn macht davon zu sprechen, dass *Intervention herrscht*.¹³

Frieden hat eine Konnotation des Zivilen. Diese wird aber fragwürdig, wenn er erst geschaffen und militärisch abgesichert werden muss. Einsatz hingegen bezieht sich eher auf den Akteur, der aktiviert wird (Bundeswehr), als auf die Gesellschaft, in der dieser eingesetzt wird. Ob Friedens- und Stabilisierungseinsatz adäquate Bezeichnungen sind, wird damit unter anderem davon abhängig, was die Bundeswehr *tut*. Was die politisch forcierte Verwendung des scheinbar neutralen Wortes Einsatz angeht, ist interessant, dass es mit Wortbestandteilen aus der Sphäre des Zivilen verknüpft wurde: *Friedenseinsatz*, *Stabilisierungseinsatz*. Es war aber auch von „Armee im Einsatz“ (Struck in Innacker in FAS 10.08.2003: 4) ohne weitere Qualifikation die Rede. Diese Bezeichnung war zu bestimmten Zeitpunkten und in Bezug auf bestimmte Territorien möglicherweise sogar angemessen, da die Bundeswehr nicht mehr als „reine Präsenz“ war. Wir können diese Beobachtungen an dieser Stelle nicht ausführen, es

12 Der Begriff Heimatfront weist auf die Komplexität der Trennung zwischen Zivilem und Militärischem hin, da mit dem Begriff suggeriert wird, dass zivile Aktivitäten zuhause Teil des Krieges sind („part of the war effort“, würde man im Englischen sagen). Bezogen auf Provincial Reconstruction Teams (PRTs) könnte man fragen, ob die zivile Komponenten der PRTs so etwas wie eine exportierte, ausgelagerte Heimatfront darstellen.

13 Dies wäre insofern plausibel als „intervenieren“ (von lat. *Intervenire*: dazwischen-, dazukommen, hindernd oder vermittelnd eingreifen) semantisch implizit mit auf die Zielgesellschaft verweist, als den Ort zu dem etwas dazukommt bzw. in den eingegriffen wird. Siehe Etymologisches Wörterbuch des Deutschen (online verfügbar unter <http://www.dwds.de/?qu=intervenieren>).

ging uns vielmehr darum die Bezeichnungskomplexitäten zu entfalten und auf die Notwendigkeit differenzierter Analysen hinzuweisen. Narrative, die eine chronologische Entwicklung entlang von Bezeichnungen wie „Friedenseinsatz“, „Stabilisierungseinsatz“, „Kampf“, „kriegsähnliche Zustände“ und „Krieg“ beschreiben, greifen jedenfalls zu kurz. Die Vorstellung einer Abfolge temporär angemessener Bezeichnungen ist unplausibel. Dies zeigt bereits die ausgeprägte Auseinandersetzung mit den diesbezüglichen semantischen Kämpfen in den Printmedien (z.B. Winkelmann in taz 20.09.2008: 12, Wefing in ZEIT ONLINE 12.11.2009, Encke in FAS 13.09.2009: 23, Haas in ZEIT ONLINE 22.04.2010, Walther in taz 27.05.2010:12).

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Besonders explizit wird die Verknüpfung des Zivilen und Militärischen in Zusammenhang mit dem Thema zivil-militärischer Zusammenarbeit thematisiert. Es geht hier einerseits um militärnah entwickelte Konzepte wie „civil-military cooperation“ (CIMIC), „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ) und „Provincial Reconstruction Team“ (PRT), andererseits um sicherheitspolitische Konzepte wie „Vernetzte Sicherheit“. Letzteres taucht im so genannten *Weißbuch* aus dem Jahr 2006 auf. Franz Josef Jung dazu im Interview:

„Und wir müssen über eine vernetzte Sicherheitspolitik sprechen, die zivil-militärische Zusammenarbeit. Das Drogenproblem in Afghanistan, das eine große Herausforderung darstellt, bekämpft man natürlich effektiver, wenn die Bauern auch ohne Mohnanbau eine wirtschaftliche Perspektive haben. Wenn die sogenannten ‚Failing States‘ wieder zu stabilen, friedlichen Entwicklungen kommen sollen, brauchen sie auch soziale Stabilisierung.“ (Jung in Löwenstein in FAZ 29.10.2006: 5)

Während Äußerungen wie diese auf einer abstrakten Konzeptebene bleiben, ist die Berichterstattung in Reportagen praxisnäher. Theo Sommer gibt Ende September 2002 ein etwas schizophreses Bild wieder. Erst wird eine Bedrohungslage skizziert, danach wird aber das idyllische Aufbaubild vermittelt:

„Und sie helfen viel. 70 zivilmilitärische Kooperationsobjekte sind abgeschlossen, 45 im Gang, 75 weitere werden vorbereitet. Diese Projekte unterstützen zum Beispiel Kindergärten und Schulen mit Möbeln und Lernmitteln. Als die Ratsversammlung Loya Jirga tagte, hielten Bundeswehrsoldaten 24 Stunden am Tag auf den Hügeln rund um das riesige Oktoberfestzelt aus Deutschland Wache. Die Truppe arbeitet auch mit dem Institut für Germanistik an der Universität zusammen. Bei der Bevölkerung genießt sie Vertrauen.

Außerdem gibt die multinationale Brigade vielen Afghanen Arbeit.“ (Sommer in ZEIT ONLINE 26.09.2002).¹⁴

Besonders intensiv wird zivil-militärische Zusammenarbeit in Zusammenhang mit den Provincial Reconstruction Teams (PRT) ab 2003 verhandelt. Schon kurz vor Errichtung des ersten PRTs merkt Constanze Stelzenmüller in einer Reportage mit dem Titel „Schnauze voll vom Krieg“ an:

„Regionale Aufbaumannschaften aus zivilen Helfern, Polizeiexperten und Soldaten sollen in ausgewählten Provinzen ‚Inseln‘ der Ordnung und des Wohlstands schaffen. Was das konkret heißt – Dächer decken? Dachdecker bewachen? Gar Drogenschmuggler verhaften oder Opiumfelder unterpflügen? –, darüber herrscht im Nato-Botschafterrat noch keineswegs Einigkeit. [...] Auch die Deutschen haben jenseits der forschen Lösung ‚So viel Zivile wie möglich, so wenig Soldaten wie nötig‘ nicht viele Ideen, dafür aber jede Menge Dampf.“ (Stelzenmüller in ZEIT ONLINE 23.10.2003)

Henning Kober berichtet zwei Jahre später im Rahmen eines Truppenbesuches:

„In Kundus [...] erprobt die Bundeswehr ein neues Konzept, so die offizielle Information. ‚PRT‘ nennt sich das und steht für ‚Provincial Reconstruction Team‘, was heißt: zivil-militärische Zusammenarbeit. Was heißt: Die Soldaten kämpfen hier nicht und bauen auch keine Brunnen. Sie fahren durch die Gegend, zeigen Präsenz und protokollieren. Wird ein neues Klassenzimmer benötigt, stellen sie den Kontakt zu einer NGO her, die dann mit deren Geld baut. So weit die Theorie.“ (Kober in taz 28.09.2005: 13).

Aus der Berliner Distanz formuliert Anett Keller im Artikel „Wenn Soldaten Brücken bauen“ eine Kritik anderer Art:

„Die PRTs, bestehend aus vielen Spezialtruppen und wenigen zivilen Ingenieuren, sollten einerseits Zellen der Aufstandsbekämpfung und militärischen Informationsgewinnung sein. Andererseits sollten sie mit Wiederaufbaumaßnahmen für Akzeptanz in der Bevölkerung werben. Die Trennung zwischen militärischer Operation und humanitärer Hilfe im zivilen Gewand ist klar aufgehoben.“ (Keller in taz 11.11.2006: 2).

14 Der letzte Satz ist wichtig, weil er auf eine weitere Dimension des Zivilen hinweist – die Ökonomische, siehe hierzu „Sicherheit für Kabul, Starthilfe für afghanische Firmen“ (Martens in FAZ 12.02.2002: 3).

Die Liste an Beispielen ließe sich mühelos fortsetzen.¹⁵ Erkennbar ist, dass die Rezeption und Auseinandersetzung mit Konzepten wie den PRTs in den Printmedien nicht unproblematisch ist. Es wird über Funktionsweisen geschrieben und Spezialvokabular eingeführt, vieles bleibt aber letztlich konzeptuell unklar und die Perspektivsetzung scheint oft beliebig. Kritik an der Rede vom Zivil-Militärischen wird häufig (und oft in ironischem Unterton) von Journalisten artikuliert, sie bleibt aber harmlos, da häufig uninformiert, undifferenziert oder partiell.

Mit der Fortdauer der Präsenz deutscher Truppen nimmt die Zahl der Reportagen aus Afghanistan zu. Mit diesen kommt zwar eine der Empirie etwas näher stehende Mikroperspektive hinzu. Es werden aber häufig nur sehr kleine Realitätsausschnitte eingefangen (ein Bundeswehrlager/ PRT, eine lokale Region, eine Problematik usw.). Aus Deutschland mitgebrachte, vorgefertigte Deutungsmuster dürften daher zum Teil auch bei Vor-Ort-Reportagen intakt bleiben. Der Zugang zu Information in einem unsicheren Gebiet ist schwierig, was eine Kritik der Informationspolitik der Bundesregierung und der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr erschwert. Daher kommt auch die Existenz sehr typischer Artikel zu Afghanistan, die immer wieder auftauchen, und sich erstaunlich ähnlich sind. Diese Feldberichte fangen oft mit dem Flug in der Transall an, beschreiben dann das Lager und die Bedingungen der Soldaten. Sie enthalten die Beschreibung einer Patrouille, ein Interview mit einem Bundeswehr-Soldat oder Offizier und ein paar allgemeine Überlegungen zum Einsatz. (z.B. Sommer in ZEIT ONLINE 26.09.2002, Bacia in FAZ 30.10.2006: 3)

Heimatdiskurs – theoretische Verwicklungen

Die Verknüpfung des Zivilen und Militärischen ist politisch und wissenschaftlich umkämpft. Die zivil-militärischen Kontroversen sind in besonderem Maße normativ aufgeladen. Kritiklinien verlaufen entlang der Unterscheidung Zivil/Militärisch. Die Deutungshoheit hierüber ist folglich Gegenstand politischen Streits.

15 Die zivil-militärische Problematik lässt sich bis zum Ende des Jahres 2011 verfolgen: „Militärberater wie Vogt könnten nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel auch noch in Afghanistan bleiben, wenn die internationalen Truppen längst abgezogen sind. [...] Die Arbeit in einem der sogenannten Verbindungs- und Mentorenteams (OMLT) sei ‚ein relativ unmilitärischer Auftrag‘, sagt Vogt.“ (Böge in FAZ 29.12.2011: 4).

Wenn unklar ist, was „zivil“ und „militärisch“ umfasst und wie die Komponenten gewichtet sind, dann entstehen Spielräume für intransparente Politikanpassung. Klaren normativen und analytischen Gegenargumenten wird teils die Schlagkraft genommen, da die diskursive Angriffsfläche uneindeutig und komplex erscheint. Die Ausarbeitung von Details zivil-militärischer Konzepte (wie PRT, CIMIC, „vernetzte Sicherheit“) und deren Verständnis verbleibt bei politischen Eliten, Experten, Spezialisten, Wissenschaftlern und wird somit einer breiteren Öffentlichkeit entzogen. Militärisches und völkerrechtliches Spezialwissen spielen eine wichtige Rolle; Erfahrungswissen und Lokalexpertise werden zur Voraussetzung glaubwürdiger Kritik (siehe Bliesemann de Guevara in diesem Band). Es stellt sich die Frage, ob die Rede vom Zivil-Militärischen nicht prinzipiell die Akzeptanz von militär-gestützten Ansätzen befördert und ob sie eine Rolle spielt für die Rekrutierung von Soldaten und deren Identifikation mit Einsätzen *out of area*. Wenn man sich als „Entwicklungshelfer in Uniform“ bewirbt und als „professioneller Krieger“, um nur einige Stereotype zu nennen, zum Einsatz kommt, dann kann dies dramatische Folgen für das individuelle Selbstbild haben (siehe Herzog et al. in diesem Band).

Die Frage, wie man mit diesem Problemkomplex aus wissenschaftlicher Perspektive kritisch umgehen kann, ist kompliziert. Dies berührt die Analyseperspektive des Heimatdiskurses. Diese ist zum einen militärzentriert. Es geht darum aufzuzeigen, „wie die Auslandseinsätze der *Bundeswehr* Deutschland verändern“ (Untertitel des Buches, Hervorhebg. der Autoren). Truppeneinsatz bzw. -entsendung sind definitorische Bedingung, um von einem Heimatdiskurs zu sprechen (Daxner in diesem Band). Andererseits wird mit der Theorie der Interventionsgesellschaft, aus der auch der Heimatdiskursbegriff resultiert, ein Versuch unternommen die zivil-militärische Problematik zu fassen. Der in ihr eingeführte Begriff „militärisch-gestützten humanitären Interventionen“ verweist auf die Verknüpfung ziviler und militärischer Komponenten (Daxner 2010: 75). Interventionen sind hier etwas qualitativ Anderes als Krieg. Der Interventionsbegriff transportiert ein Mehr an Komplexität.¹⁶ Ein Aspekt dieser Komplexität liegt in der Verbindung ziviler (humanitäre Hilfe, nation- and state-building, Wiederaufbau, Entwicklung etc.) und militärischer Komponenten. Hier tritt ein anderer Aspekt neben die These politischer Nützlichkeit. In bestimmter Hinsicht verlangt die Empirie vom Zivil-Militärischen zu sprechen. Ist es dann die Aufgabe von Wissenschaft die Komplexität eines Phänomens realitätsadä-

16 „Vor allem die Abgrenzung zum ‚Krieg‘ hat mehr als nur semantische Bedeutung. Allein die völkerrechtliche Dimension der Interventionsfolgen in diesem Kontext ist erheblich komplexer geworden.“ (Daxner 2010: 76).

quat sichtbar zu machen? Oder geht es um die Erzeugung von Klarheit und Simplifizierung? Erfordert Kritik nicht sowohl den Zusammenhang zu verstehen und zu definieren, als auch politische Instrumentalisierungen kenntlich zu machen?

Der Interventionsbegriff hat in diesem Kontext gegenüber den Begriffen von Einsatz und Krieg möglicherweise seine Vorzüge. Die Koppelung der Theorie des Heimatdiskurses an den Interventionsbegriff ist in anderen Hinsichten aber problematisch, da hier eine gebotene analytische Distanz zur untersuchten Empirie verloren geht. Es muss zwischen Intervention als wissenschaftlichem Begriff im Rahmen der Theorie der Interventionsgesellschaft und des Heimatdiskurses und seiner Präsenz und Funktion im öffentlichen Diskurs unterschieden werden.

Im Pressediskurs bleibt der Interventionsbegriff gegenüber Einsatz und Krieg randständig.¹⁷ Er findet vorwiegend Verwendung in Äußerungen aus Wissenschaft, Expertenkreisen, Völkerrecht und institutionalisierter Politik. Es scheint kaum Verknüpfungen zu Erfahrungen und Wissensvorräten der breiteren Öffentlichkeit zu geben. Hier bleibt der Kriegsbegriff dominant. Vor dem Hintergrund unserer Analysen zur zivil-militärischen Uneindeutigkeit bleibt fraglich, ob eine Vermittlung in die Öffentlichkeit wissenschaftlich wünschenswert wäre, denn der Interventionsbegriff macht, mehr als der Kriegsbegriff Dynamiken der Gewalteskalation unkenntlich.¹⁸ Soll der Interventionsbegriff analytisch fruchtbar gemacht werden, sind implizite Annahmen zum Verhältnis von Zivilem und

17 Eindrucksvoll ist beispielsweise, dass in der FAZ im gesamten untersuchten Zeitraum die Stichwortsuche „Afghanistan und Bundeswehr und Intervention“ nur 176 Treffer liefert, hingegen „Afghanistan und Bundeswehr und Krieg“ 1563 Treffer.

18 Die Theorie der Interventionsgesellschaft, aus der sich die Analyse des Heimatdiskurses ableiten soll, geht vom Ende eines Quellkonflikts mit Interventionsbeginn aus, wobei dies scheinbar als post-war gefasst wird (Daxner in diesem Band: 25ff.). Mit der Intervention treten dann Folgekonflikte auf. Im faktischen Heimatdiskurs ist die Voraussetzung eines Kriegsendes als Bedingung für eine deutsche Beteiligung an einer Friedenstruppe ein Streitpunkt (SEV in TAZ 03.12.2001: 5). Mit Ende des Krieges wurde damals auf die aus US-amerikanischer Perspektive „erfolgreich“ verlaufenden Kampfhandlungen in Afghanistan Bezug genommen. Hier schien für einige Diskursteilnehmer also die klassische Trennung von Krieg und Frieden noch zu gelten, der Krieg musste beendet werden, bevor man von Frieden oder einer Friedenstruppe reden kann. Unsere Ausführungen zum Kriegsbegriff und dessen Präsenz im Heimatdiskurs, lassen eine derartige Trennung von Intervention und Krieg fragwürdig erscheinen.

Militärischen offen zu legen. Der Heimatdiskurs als Interventionsdiskurs hätte dann seine Fokussierung auf das Militärische zu überwinden.

3 GRENZEN UND POLITIK DER THEORIE DES HEIMATDISKURSES

Unsere Analysen bis hierher folgten weitgehend der Theorie des Heimatdiskurses, insofern als unsere Perspektive militärzentriert, deutschlandzentriert und interventionszentriert war. Im Weiteren arbeiten wir daran, diese Zentrierungen ein Stück weit aufzubrechen.

Wir konzentrieren uns auf zwei Problemkomplexe. Einerseits diskutieren wir die Fokussierung auf Deutschland. Wir reflektieren die Konsequenzen dieser Theorieentscheidung für die Thematisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan bzw. Deutschen und Afghanen. Andererseits kritisieren wir die Isolierung des Heimatdiskurses als *deutschen Interventionsdiskurs* in dreifacher Hinsicht. Erstens halten wir gesellschaftliche Kontexte und angrenzende Diskurse, die nicht unmittelbar mit der engeren Interventionsproblematik assoziiert werden, bedeutsam für eine Analyse des Heimatdiskurses. Zweitens weisen wir darauf hin, dass Interventionsdiskurse international strukturiert sind. Drittens argumentieren wir dafür Militärintervention als eine umkämpfte Variante im Spektrum der Ansätze ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung sichtbar zu machen. Hier deutet sich bereits an, dass die Problematik der Zivil-Militärischen Abgrenzung erneut eine wichtige Rolle spielt.

Hier, Dort, Anderswo: Deutschland und Afghanistan

Wir rücken zunächst den Gedanken einer Beziehung zwischen einem *hier* (Deutschland, Heimatgesellschaft) und einem *dort* (Afghanistan, Interventionsgesellschaft) in den Mittelpunkt unserer Überlegungen.

Die deutsche (Militär-)Präsenz in Afghanistan tangiert die Lebensrealitäten von Menschen in Deutschland und Afghanistan unmittelbar und existenziell. Sie ist darüber hinaus bedeutsam, weil sie auf diskursiver Ebene in weit reichenden, symbolischen Auseinandersetzungen verhandelt wird, die selbst wieder lebenspraktische Konsequenzen nach sich ziehen können. Wir gehen von einigen Asymmetrien aus. Die unmittelbaren gesellschaftlichen Effekte von Auslandseinsätzen sind in den Einsatzgebieten *out of area* ungleich höher als in Deutschland. Die symbolischen Kämpfe um die Einsätze und ihre Verarbeitung zu Politik sind schwerpunktmäßig *hier* lokalisiert. Deutschland als Ort des Sprechens, der Diskurse; Afghanistan als Ort des Handelns, der gesellschaftlichen Dyna-

mik.¹⁹ Zumindest wird diese Verortung politisch, medial und mitunter auch wissenschaftlich befördert.

Als Forscher, die auf Deutsch und in Deutschland publizieren, sind wir selbst klar im *hier* lokalisiert und sprechen in den deutschen Diskurs als Komplizen hinein. Wir lokalisieren die zentrale Kontroverse allerdings weniger darin, ob zur Kenntnis genommen werden darf, was der Fall ist,²⁰ als darin zu bestimmen, was es bedeutet, die in der Heimatdiskurs-Forschung angesprochenen Probleme realitätsadäquat zu analysieren. Für uns ist die Frage nach den politischen und praktischen Effekten von wissenschaftlicher Forschung *hier* auf die Beziehung zwischen *hier und dort* zentral.

Wir nehmen an, dass es eine nicht vollständig einholbare Differenz zwischen den Realitäten und sozialen Praxen des *dort* (vor Ort in Afghanistan) und unserem Blick auf diese von *hier* aus – dem *anderswo* – gibt, wie er in den diskursiven Konstruktionen von Wirklichkeiten etwa in den deutschen Printmedien sichtbar wird.²¹ Hier schließen grundlegende Fragen der Repräsentation der und des Sprechens für die Anderen, die Afghanen auf, wie sie die postkoloniale und dekoloniale Kritik artikuliert.²²

19 Zwar wird mit der Theorie des Heimatdiskurses betont, dass sich auch die deutsche Gesellschaft verändert. Betrachtet man aber den größeren Theorierahmen, fällt auf, dass von *Heimatdiskurs* und *Interventionsgesellschaft* die Rede ist, und zumindest auf dieser Ebene die problematische Zuordnung reproduziert wird.

20 Die von Daxner in Anlehnung an Dirk Baecker angeführte „Komplizenschaft“ (z.B. durchgängig Daxner in diesem Band) führt hier unseres Erachtens nach in die Irre, da es die Frage, wie etwas erforscht werden soll, der Frage unterordnet, ob es erforscht werden darf.

21 Diese Differenzierung von hier, dort und anderswo beziehen wir aus der gerade wieder einsetzende Auseinandersetzung mit Jean-Luc Godards und Anne-Marie Mievielles 1975 erschienen Film „ici et ailleurs“ (here and elsewhere). (siehe z.B. Alessandri 2011).

22 Walter Mignolo, ein Impulsgeber für Grenzdenken der Gegenwart, spricht von einer „Geopolitik des Wahrnehmens und Erkennens“: „Grenzdenken [ist] eine epistemische Besonderheit jedes dekolonialen Projektes. [...] Wir anthropoi [Mignolo meint ‚die Anderen‘, welche erst diskursiv und zu Herrschaftszwecken geschaffen wurden], die wir mit dekolonialer Sensibilität Grenzen denken und bewohnen, sind auf dem Weg der Entkoppelung, und um sich zu entkoppeln muss man epistemisch ungehorsam sein. Man wird zur Rechenschaft gezogen werden, denn die Journale, Magazine und Disziplinen der Sozial- und Humanwissenschaften sind ebenso wie die sozialwissenschaftlichen und berufsbildenden Schulen territorial verfasst. Das Grenzdenken

Aus dieser Perspektive scheint uns eine kritische Auseinandersetzung mit der Theorie des Heimatdiskurses angebracht. Diese thematisiert zwar explizit die Beziehung zwischen „Auslandseinsätzen“ der Bundeswehr *out of area* und deutschen Diskursen bzw. der deutschen Gesellschaft. Es werden auch Effekte des deutschen Heimatdiskurses auf das Geschehen in Afghanistan angesprochen. Wir weisen allerdings auf einen möglichen Widerspruch hin. Einerseits wird festgestellt, dass Nähe zur Interventionsgesellschaft in Afghanistan und damit zu den Afghanen wichtig sei (Daxner in diesem Band: 25ff.), andererseits ist der analytische Fokus auf Deutschland und Heimat gerichtet. Die Darstellung der Intervenierten in den deutschen Medien macht eine Analysedimension des Heimatdiskurses aus (vgl. Aljets et al. in diesem Band). Afghanistan und die Afghanen, so scheint es, werden aber in erster Linie in ihrer Bedeutung für Heimat und Deutschland verhandelt. Beispielsweise interessiert der beinamputierte Afghane in seiner Bedeutung für die deutsche Heimkehrer-Debatte:

„Der bettelnde Beinamputierte ist heute auf den Straßen von Kabul gegenwärtig, aber er ‚erinnert‘ (noch) nicht an unser Alltagsstraßenbild. Die Verletzungen sind andere geworden, und sie werden anders repräsentiert, vor allem medizinisch, um im Bereich der Wohlfahrts-Governance aufgehoben zu sein – das kann man an der Diskussion von PTSS (Post-traumatisches Stresssymptom) studieren.“ (Daxner in diesem Band: 50)

Es geht gerade darum, das Augenmerk darauf zu legen „wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr *Deutschland* verändern“ (Untertitel unseres Buches, Hervorhebung der Autoren). Ein Analyseschwerpunkt ist, spezifisch deutsche Diskursmerkmale herauszuarbeiten. Die Rede vom *Heimat*diskurs als einem deutschen Problem verweist in diesem Zusammenhang unter anderem darauf, dass Auslandseinsätze in Deutschland häufig als problematisch und nicht-normal thematisiert werden. Hinzu kommt der Aspekt eines besonderen Maßes an Selbstbezogenheit der deutschen Debatten. Dieser Forschungsschwerpunkt des Heimatdiskurs-Ansatzes ist produktiv insofern, als er einen empirisch stichhaltigen und brisanten Problembereich der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit zuführt. Er ist aber, wie wir zeigen, aus relationaler Perspektive nicht unproblematisch.

ist die notwendige Voraussetzung für das dekoloniale Denken. [...] wir wohnen und denken an der Grenze von lokalen Geschichten und wir widersetzen uns globalen Entwürfen.“ (Mignolo 2011).

Ausschlüsse und Reproduktion

Es kommt zu einem Ausschluss afghanischer Perspektiven und Stimmen, sofern sie nicht bereits im deutschen Diskurs präsent sind. Wir stoßen hier auf ein allgemeines Charakteristikum der Theorie des Heimatdiskurses. Analysiert und kritisiert wird das, was in Deutschland in hegemonialen Debatten empirisch auffindbar und wirkmächtig ist. Ein großer Teil des in Afghanistan (und Deutschland) Gedachten, Geschriebenen und Gesprochenen bleibt somit außerhalb der Analyse – als das Nichtsichtbare, Ausgeschlossene, Marginalisierte oder Ungedachte. Hier schließt die Frage an, inwiefern der Ausschluss afghanischer Sichtweisen und Stimmen kritikwürdig ist. Einfache Kritikmuster versagen an dieser Stelle. Einerseits könnte es sein, dass gerade erst die Reflektion und das Verständlichmachen des deutschen Problems einen realitätsadäquaten Blick auf Afghanistan und die Afghanen ermöglichen. Andererseits besteht die Gefahr der wissenschaftlichen Reproduktion empirisch bereits dominanter Diskursbestandteile. Nicht Reproduktion an sich ist problematisch, sondern die Inhalte die reproduziert werden. Dies gilt gleichermaßen für deutsche und afghanische Stimmen. Zwar wäre mehr Präsenz afghanischer Stimmen im deutschen Diskurs wünschenswert, mit diesen würde der Heimatdiskurs aber nicht *zwangsläufig* differenzierter. Zudem ist eine kritische Aufarbeitung hier vorhandener Wissensbestände über die Afghanen Voraussetzung dafür, dass ein adäquateres Verständnis der Anderen entstehen kann.²³ Es ist nichts verkehrt daran, wenn Heimatdiskursanalyse die Deutschen (adressiert ist ja vorwiegend die Politik) mehr über sich selbst wissen lässt. Dieses Wissen wird aber nicht zwangsläufig Empathie für die Afghanen befördern, und schon gar nicht die Handlungsfähigkeit (bestimmter Teile) der afghanischen Bevölkerung vergrößern. Es bleibt offen, inwieweit wir die Interessen der Afghanen erkennen können und mehr noch in welchem Maße und auf welche Weise diskursive Aufklärung *hier* die praktischen Lebensrealitäten *dort* berührt. Die These der Teilsteuerung der Intervenierenden durch den Heimatdiskurs ist hier bedeutsam, da sie sich auch auf den in Afghanistan präsenten Teil der Intervenierenden bezieht, der direkt in Interaktionen mit den Afghanen tritt. Implizit wird damit ein deutscher Diskurs zu einem Raum emanzipativen Handelns *für die* Afghanen erklärt, ohne dass die

23 Dazu Bettina Gaus: „Die Bedeutung solcher Nachrichten [es geht um afghanische Stammesfürsten,SR] lässt sich für diejenigen nur schwer einschätzen, die keine Ahnung von den inneren Verhältnissen in Afghanistan haben. Also für ungefähr 99 Prozent der Öffentlichkeit und der politischen Klasse.“ (Gaus in taz 15.03.2002: 12).

Bedeutung einer Beteiligung afghanischer Sprecher thematisiert würde.²⁴ Wir können hier auf diese theoretische Leerstelle nur hinweisen, ohne sie selbst füllen zu können. Dies würde eine andere empirische Materialgrundlage erfordern, die auch Quellen aus Afghanistan berücksichtigt. Unsere Analysen des Zeitungsmaterials liefern theoriekritische Impulse anderer Art.

Die deutsch-afghanischen Beziehungen in den Medien

Wir schlagen vor, die expliziten Thematisierungen der Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan, bzw. Deutschen und Afghanen in den Medien verstärkt zum Gegenstand der Analyse zu machen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang mediale Vermittlungsprozesse und Informationsflüsse zwischen Deutschland und Afghanistan.

Auffällig häufig ist von einem besonderen (oft: besonders gutem) deutsch-afghanischen Verhältnis die Rede. Das Motiv taucht in vielen Variationen auf. Es wäre auch auf seine legitimatorischen Effekte hin zu analysieren. Nachfolgend einige Beispiele:

„Und auch weil die Deutschen schon immer als neutrale Partner galten, die ihnen nie etwas aufzwingen wollten, genießt Deutschland unter den Afghanen einen sehr guten Ruf.“ (Hansen in taz 01.12.2001: 1)

„,Wenn man sagt, man kommt aus Deutschland, sieht man ein Leuchten in den Augen‘, so Wilhelm. Der Siemens-Manager Oberg ergänzt: ‚Wir haben alle gespürt, dass Deutschland für Afghanistan ein Wunschpartner ist‘.“ (Hansen in taz 13.02.2002: 6)

„,Manchmal ist es fast schon unangenehm, wie beliebt die Deutschen bei den Afghanen sind‘, bemerkt Presseoffizier Oberstleutnant Paul Weber.“ (Böhm in taz 23.10.2002: 11)

24 Ein Artikel wie „Der afghanische Blick“ von Niels Minkmar verspricht hier, dem Titel zufolge, einen Gegenakzent zu setzen. Es zeigt sich aber, dass auch der Blick des afghanischen Intellektuellen Masoud Rahel auf die deutsche Problematik gerichtet bleibt: „Masoud Rahels Gedanken kommen ohne Kitsch und Pathos aus. Es gelingt ihm besser, die Aufgabe der Bundeswehr in Afghanistan zu beschreiben, als den deutschen Intellektuellen, ja sogar den dafür zuständigen Politikern. Sie könnten seine intellektuelle Entwicklungshilfe annehmen und künftig sagen: Die Soldaten der Bundeswehr sind Pioniere des in der Geschichte der Menschheit neuen Versuchs, weltweite Probleme gemeinsam zu lösen. Das ist jedenfalls die Idee.“ (Minkmar in FAS 25.04.2010: 23).

„Der Gouverneur hat nach eigenem Bekunden eine Schwäche für die Deutschen. ‚Wir sind froh, dass sie hier sind. Wir sind beide Arier, wir sind also Vettern‘“ (Taheri in FAZ 03.06.2006: 2)

Dieses Motiv wird erst mit Verschlechterung der Sicherheitslage brüchig. Man beachte das in Klammern eingefügte „Immer noch“ im Zitat aus Ullrich Ladurners Artikel „Sie mögen uns“: „Es gibt kein westliches Land, das in Afghanistan einen (immer noch) so guten Ruf genießt.“ (Ladurner in ZEIT ONLINE 08.03.2007).

Ein deutscher Journalist beantwortet gar den Sinn seiner Präsenz in Afghanistan mit dem Hinweis auf eine besondere Nähe zwischen Deutschen und Afghanen:

„Die Afghanen sind Geiseln eines Krieges, den sie nicht begonnen haben und den sie allein nicht beenden können. Sie sind Opfer einer perversen Großmachtspolitik, die den Islamismus erst hervorgerufen hat. Und in dieser Lage sind sie uns – gerade den Deutschen, denen sie sich wie keiner anderen westlichen Nation verbunden fühlen – auf einmal unheimlich nahe.“ (Hanfeld in FAZ 22.05.2007: 37)

Ein Konstrukt wie „Zivilisierung“ weist auf ein weiteres kritikwürdiges Beziehungsmodell hin. Der Wortbestandteil Zivil steht hier nicht für das Nicht-Militärische. Es verweist auf Modernisierung und Fortschritt. Schon Ende 2001 heißt es zum Beispiel in einem Leitartikel:

„Bündnisse über alte Konfliktlinien hinweg zu schmieden und eine legitime staatliche Grundordnung aufzubauen, das wird die Aufgabe der neuen Übergangsregierung unter dem designierten Ministerpräsidenten Karsai sein. Ohne internationale Hilfe wird er sie kaum erledigen können; ohne ein Mindestmaß an Zivilisierung wird er nicht erfolgreich sein. Darum ist die Präsenz einer internationalen Schutztruppe unerlässlich.“ (Frankenberger in FAZ 18.12.2001: 1).

Wer oder was soll unter Mithilfe deutscher Soldaten zivilisiert werden? Die Afghanen? Afghanistan? Wenn in einem deutschen Interventionsdiskurs Konstrukte wie „Zivilisierung der Afghanen“ eine Rolle spielen, forciert das die Frage, auf welche Weise die Theorie des Heimatdiskurses die Beziehungen zwischen Intervenierenden und Intervenierten analysiert.

Friederike Böge²⁵ thematisiert im Artikel „Wortgefecht“ ausführlich die Informationsgewinnung und -zirkulation in Afghanistan (Böge in FAZ 03.07.2010: 44). Hier wird die Beziehung zwischen Intervenierenden und Intervenierten als konfliktreich beschrieben:

„Richtigkeit ist uns wichtiger als Schnelligkeit“, sagt Josef Blotz und führt gegen den Vorwurf, die ISAF informiere nicht schnell genug, die Sorgfaltspflicht ins Feld. [...] Oft seien Gefechtssituationen unübersichtlich und Fakten müssten erst überprüft werden. Das klingt einleuchtend, überzeugt die Journalisten aber nicht. „Die internationalen Truppen sind langsamer, weil sie über die Wahrheit erst noch diskutieren müssen“, scherzt einer der Afghanen in der Teepause.“ (Böge in FAZ 03.07.2010: 44)

Eine weitere These ist, dass die Berichterstattung in lokalen Medien stark von westlichen Quellen abhängig ist:

„Viele Informationen erfahren wir erst aus der internationalen Presse“, sagt Noor Muhammad Sahim in Kundus. „Die Soldaten vertrauen den westlichen Journalisten mehr als uns.“ Dabei seien die Nachrichten für die Menschen vor Ort viel relevanter als für die Bevölkerung in Deutschland. [...] Die meisten Lokalzeitungen in Afghanistan schreiben von der ‚New York Times‘ ab.“ (ebd.: 44).

Die mediale Vermittlung des Einsatzes wird als praktischer Bestandteil von Interventionsprojekten kenntlich gemacht (siehe auch Neumann in diesem Band):

„Dies ist ein Krieg der Wahrnehmungen“, hat der gerade abgesetzte ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal über den Afghanistan-Einsatz gesagt. Doch weder den Militärs noch den Hilfsorganisationen ist es während der Dauer dieses Krieges offenbar gelungen, der Bevölkerung zu erklären, welche Absichten sie verfolgen. [...] Die Journalisten in dieser Geschichte haben durch ihre Arbeit mehr westliche Werte verinnerlicht als die Mehrheit der Bevölkerung. Sie haben mehr von der westlichen Intervention profitiert als die meisten ihrer Landsleute. Sie haben Zugang zu mehr Informationen. Wenn es so schwer ist, mit diesen Journalisten einen Dialog zu führen, wie schwer muss es erst sein, die lokale Bevölkerung zu überzeugen?“ (ebd.: 44)

25 Friederike Böge bringt erkennbar Lokalexpertise zu Afghanistan ein. Sie schreibt regelmäßig Reportagen aus Afghanistan für die FAZ. Sie ist Chefredakteurin der Website www.afganistantoday.org, einem vom Auswärtigen Amt unterstützten Projekt, das die Ausbildung afghanischer Journalisten fördert und damit das Ziel verfolgt die Stimme der Afghanen im Ausland vernehmbar zu machen.

Auch in Deutschland publizierende Sozialwissenschaftler sind in diesen „Krieg der Wahrnehmungen“ verwickelt. Welche Rolle spielen sie?

Im Artikel „Krieg gegen die Deutschen?“ von Jörg Lau wird die Blickrichtung umgekehrt – es geht um vermeintliche Eingriffe der Intervenierten in den deutschen Heimatdiskurs:

„Die Deutschen sind das schwächste Glied in der ISAF-Kette, weil sie als Einzige jedes Jahr über das Mandat abstimmen“²⁶, sagt der in Kabul tätige Ingenieur Peter Timm. „Es ist zweifellos ein Ziel der Taliban, unsere Debatte zu beeinflussen.“ Der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, glaubt zwar nicht, dass alle Attacken der vergangenen Monate einer einheitlichen Strategie folgen. „Aber es ist zweifellos ein Ziel der Taliban, die Debatte bei uns zu beeinflussen.“ (Lau in ZEIT ONLINE 23.08.2007)

Ausweitung der Analyseperspektive

Wir halten es für analytisch produktiv die Beziehung zwischen Deutschland und Afghanistan umfassender zu denken. Einiges spricht dafür, das Geschehen in der Interventionengesellschaft analytisch in den Mittelpunkt zu rücken. Dort ist der Ort, an dem die Intervention vollzogen wird, wo ein Wort wie Krieg mehr als ein umkämpfter Diskursbestandteil ist. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Praxis von Militärinterventionen hat sich aber auch mit den gesellschaftlichen Bedingungen der Entsendeländer zu beschäftigen. Die zugrunde liegende Frage lautet: Inwieweit lenken Interventionen als Sozialreformprojekte *out of area* von Handlungsbedarf und Defiziten *hier* ab? So fragt Dan Smith, Generalsekretär der Organisation International Alert in London, kürzlich in der ZEIT:

„Wenn wir heute auf Europa blicken, können wir uns die Frage stellen, ob eigentlich unsere eigene heimische Friedenszone noch so stabil und verlässlich ist – oder ob wir nicht in Erwägung ziehen sollten, den Auftrag der Friedenskonsolidierung auch auf Staaten innerhalb der EU selbst zu beziehen.“ (Smith in ZEIT ONLINE 12.01.2012)

Im Zeitraum zwischen 2008 und 2011 finden wir am thematischen Rand des Heimatdiskurses weitere Artikel, anhand derer wir dieser Frage nachgehen kön-

26 Wird hier die jährliche Mandatsverlängerung als eine Angriffsfläche thematisiert, so legen unsere Analysen nahe, dass es sich auch um ein Instrument der Reaktualisierung offizieller Deutungsmuster über den Einsatz handelt.

nen. Wir stellen hier einige exemplarische Positionen skizzenhaft nebeneinander und überlassen es den Lesern die angedeuteten Konturen zu schärfen.

In Cora Stephan's Artikel „Wir Friedensverwöhnte“ klingt ein Thema an, auf das wir später zurückkommen werden – die Verbindungen zwischen Auslandseinsätzen und der politischen und rechtlichen Verfasstheit westlicher Gesellschaften:

„Demokratien tun sich mit dem Militärischen schwer; anders als jeder dahergelaufene Diktator können gewählte Regierungen Soldaten nicht ohne triftigen und möglichst eng an die Interessen des Landes gebundenen Anlass ins Feld schicken.“ (Stephan in FAZ 06.12.2009: 13)

Während die daran anschließende Frage der politischen Durchsetzbarkeit und Legitimation von *Interventionsentscheidungen* keineswegs randständig ist, werden Fragen der gesellschaftlichen Voraussetzungen *hier*, sofern sie über die Problematik der militärischen Einsatzfähigkeit hinausweisen, wenig thematisiert. Interventionen als Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik von Demokratien zu denken – so unsere These – verweist aber gerade auf viele Voraussetzungen. Jedenfalls dürften Interventionen dann keine Projekte politischer und militärischer Eliten sein, die dem Volk lediglich verkauft werden. Es ginge zumindest um Interessiertheit, Informiertheit und Mitsprache.

Es ist eher selten, dass so deutlich auf den geringen Handlungsspielraum deutscher Politiker hingewiesen wird, wie im Zeit-Dossier von Stefan Willeke mit dem Titel „Der Krieg der anderen“, das die Reiseerfahrungen des Politikers Niels Annen in Afghanistan verarbeitet:

„Ahnen seine Kritiker überhaupt etwas von seinen Zwängen? Da ist die Partei, an der seine Zukunft hängt. Da sind die Amerikaner, mit denen man es sich nicht verscherzen darf. Da sind die Wähler, die den Krieg in Afghanistan nicht wollen. Da ist der Kanzlerkandidat, der im Wahlkampf keine Bilder von toten Soldaten braucht.“ (Willeke in ZEIT ONLINE 11.09.2008)

In diesem Artikel wird auch auf Konflikte zwischen den Realitäten deutscher Lokalpolitik und einer verantwortlichen Politik für die Afghanen hingewiesen:

„Niels Annen könnte von Steuern erzählen, die niemand zahlt, von einem Staat, den niemand spürt, er hat genug erfahren, um sich in Hamburg auf einen Marktplatz zu stellen und in ein Megafon zu brüllen, dass Afghanistan eine Aufgabe für Dekaden sein wird, eine Jahrhundertaufgabe vielleicht. Er müsste es tun, damit jeder die Wucht des Problems

spüren kann. Aber er tut es nicht. Niels Annen fährt nach seiner Rückkehr durch seinen Wahlkreis im Hamburger Westen, seine traditionelle Tour am Ende der Sommerpause, 56 kleine Auftritte.“ (Willeke in ZEIT ONLINE 11.09.2008)

Im Artikel „Es ist Krieg – und keiner schaut hin“ von Natalie Tenberg werden Aufmerksamkeitsökonomien problematisiert. Die Interventionsproblematik konkurriert mit anderen Themen:

„Ab und an werden Berichte gesendet, aber die Deutschen, sagte der Afghanistan-Experte Herbert Sahlmann, seien mit anderen Dingen beschäftigt, beispielsweise der Finanzkrise. [...] Der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) saß in der Runde, wie auch ein ehemaliger Hauptfeldwebel, der in Afghanistan Opfer eines Selbstmordanschlags wurde und seitdem unter Angstzuständen leidet. Seine Geschichte war bestürzend. Aber auch wirklich für den Zuschauer nachhaltig erschütternd? Nein. Zu wenig wurde, und man mag es dem Mann keinesfalls vorhalten, auf effekthascherische Details geachtet. [...]“ (Tenberg in TAZ 02.02.2009: 17).

Hier stellt sich auch die Frage, welchen Stellenwert Auslandseinsätze für die Bevölkerung und ihre Konzeptionen von Heimat haben.

Die militärische Problematik „Bundeswehr in Afghanistan“ wird mit anderen als „zivil“ verstandenen gesellschaftlichen Dimensionen zuhause zusammengedacht. In „Unter Postheroen“ bringt Gunter Franzen in der FAS die kollektive, psychische Verfasstheit der Deutschen mit dem Auftreten der Bundeswehr in Afghanistan in Verbindung:

„Die prinzipielle Ablehnung könnte auf eine dem kollektiven Selbstbild schmeichelnde, der geschichtlichen Erfahrung geschuldete pazifistische Grundhaltung zurückzuführen sein. Oder sie deutet auf eine allgemeine Schwächung der Resilienz hin. Der soziologische Begriff bezeichnet die Fähigkeit von Individuen und Gruppen, dem Verlust nahestehender Menschen oder flächendeckenden Verheerungen wie Kriegen und Naturkatastrophen mit robuster Widerstandskraft zu begegnen und diese ohne anhaltende psychische Beeinträchtigungen durchzustehen. Angesichts des glücklosen und halbherzigen militärischen Agierens des deutschen ISAF-Kontingents in Afghanistan drängt sich der Eindruck auf, dass es unseren ebenso freundlichen wie feinfühligsten Soldaten an keiner Tugend mangelt, bis auf eine: Gewalt zu erleiden und Gewalt auszuüben.“ (Franzen in FAZ 27.02.2011: 10)

Folgt man Franzens Vermutung einer *allgemeinen* Schwächung der Resilienz, dann wird im Verhalten der Soldaten etwas sichtbar, das auch für deutsche Zivilisten gilt. In „Universitäten im Krieg“ benennt Schwarzbeck ein weiteres wich-

tiges Problemfeld – die Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und dem untersuchten Phänomen:

„Die Friedens- und Konfliktforscherin Mechthild Exo sieht eine insgesamt bedenkliche Entwicklung: ‚Während die Militarisierung an den Universitäten vorangetrieben wird, blutet die klassische Friedensforschung aus‘, sagte sie am Samstag in der Humboldt-Universität auf einem Kongress zum Afghanistankonflikt. [...] Häufig ist es Auslegungssache, ob es sich um Militärforschung handelt. [...] Die zunehmende Vermischung von militärischer und ziviler Forschung sei allerdings typisch für die derzeitige Entwicklung.“ (Schwarzbeck in taz 08.02.2010: 21)

Unsere Frage nach der Politik der Theorie des Heimatdiskurses berührt dieses Problemfeld. Uns geht es jedoch nicht primär darum, zu entscheiden, ob die Theorie zivile oder militärische Forschung bzw. eine Mischform anleitet. Wichtiger erscheint uns zu untersuchen, wie sich der Ansatz zur deutschen Interventionspolitik verhält.

Wissenschaft, Interventionspolitik, Heimatdiskurs

Interventionspolitik ist umstritten. Die Narrative entlang derer dieser Streit ausgetragen wird, ändern sich – was für Afghanistan gilt, kann für Syrien schon ganz anders angeordnet werden. Der reine Fakt der Intervention/ Nichtintervention und die Art von Intervention (Umfang, Gewichtung ziviler und militärischer Komponenten) strukturieren die diskursiven Auseinandersetzungen und normativen Stellungnahmen maßgeblich. Der Ansatz des Heimatdiskurses bezieht sich, so wie er bisher konstruiert wurde, lediglich auf „empirische Fälle“ in denen tatsächlich *out of area* „militärisch-gestützt“ interveniert wurde.²⁷ Fälle der Nicht-

27 Wir halten es für wenig plausibel, von Heimatdiskurs nur zu sprechen, wenn ein aktives Engagement im Sinne von Truppenpräsenz gegeben ist. (vgl. Daxner in diesem Band). Dazu dürfte doch beispielsweise folgende Äußerung von Jürgen Todenhöfer im Zuge einer Auseinandersetzung um die Berichterstattung über den Syrien-Konflikt für den Heimatdiskurs relevant sein: „Den Westen aber interessieren die Menschen in Syrien nicht wirklich. So wie ihn die Menschen im Irak nie interessiert haben. Öl und das Machtspiel im Mittleren Osten sind ihm wichtiger. Die bundesdeutsche Politik aber marschiert weiter im Gleichschritt mit. Seit 9/11 ist es schwer geworden, sich in unserem Land für friedliche Lösungen einzusetzen. Deutschland, du hast dich verändert!“ (Todenhöfer in taz 20.03.2012: 4-5) Welche guten Gründe lassen sich anführen, die teils langfristige Präsenz von deutschen Nichtregierungsorganisationen, Kulturin-

intervention (oder potentiellen Intervention) bzw. der Intervention ohne Truppenentsendung werden nicht betrachtet. Es handelt sich um eine partielle Theorie, die mit einem spezifischen Erkenntnisinteresse entwickelt wird – die Folgen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Deutschland zu erklären.

Intervention sind somit etwas Gegebenes, ein Fakt, den Wissenschaft zur Kenntnis nehmen oder ignorieren kann, der aber jedenfalls praktische Konsequenzen hat. Bei Daxner heißt es:

„Man kann sinnvolle Aussagen zum Thema Intervention fast nur machen, wenn man sich in ein affirmatives Verhältnis zu genau den Systemen begibt, die man auch kritisiert. Oder man bewegt sich in einem moralischen Diskurs, der sich unsensibel gegenüber empirischen Befunden zeigen muss, wo seine Prinzipien angegriffen werden [...]“ (Daxner in diesem Band: 18)

Hieran schließt eine Konzeption von Wissenschaft an, die sich der Politikberatung öffnet.

Wissenschaftliche Forschungsprogramme wie der Heimatdiskurs, die sich so unmittelbar und zeitnah auf das politische Zeitgeschehen beziehen, stehen in Relation zu und Konkurrenz mit Äußerungen aus anderen gesellschaftlichen Feldern. Die implizite These lautet, dass eine Forschung, die praktische Effekte (auch was das Geschehen *out of area* anbelangt) erzielen möchte, die politischen Entscheidungsträger adressieren muss und die Forschungsergebnisse an diese kommunizierbar sein müssen. Aus einer so justierten Perspektive kann keine radikale Kritik formuliert werden. Es wird immanente Kritik an der bestehenden Praxis artikuliert, bzw. inkrementelle Verbesserungsvorschläge gemacht. Diese Tatsache allein ist noch nicht so problematisch.

Das Problem resultiert daraus, dass die Kritik sich aus der Analyse hegemonialer Debatten selbst speisen soll. Daxner analysiert den Heimatdiskurs arbeitspragmatisch bisher ausgehend von dominanten Diskursereignissen, Äußerungen und „salienten Sätzen“ innerhalb des medialen Mainstreams.²⁸ Die hegemonialen Debatten sind offenbar für ihn insofern zentral, als sie stark durch Eliten geformt werden – viele der bisher analysierten Äußerungen kommen von politischen Entscheidungsträgern. Eine Forschung, die den Heimatdiskurs politi-

stitutionen oder Journalisten out-of-area definitorisch anders zu gewichten als eine Militärpräsenz?

28 Demgegenüber ist die Bedeutung von komplexen Argumentationsmuster und Problemzusammenhängen für die Analyse des Heimatdiskurses hervorzuheben.

schen (und militärischen) Entscheidungsträgern erklären möchte (Politikberatung), wird hiermit realpolitisch anschlussfähig.

Einzelne Aspekte innerhalb der enger gefassten Problematik von Auslandseinsätzen können so analysiert werden. Wir vermuten allerdings, dass die starke Anlehnung an Realpolitik ein Faktor dafür ist, dass stellenweise die unserer Meinung nach notwendige analytische Distanz abhanden kommt. Zudem wird die Interventionsproblematik tendenziell isoliert und entkontextualisiert. Wir versuchen der Aufforderung von Andreas Hirsland und Werner Schneider zu Kontextualisierung und Historisierung ein Stück weit Folge zu leisten:

„Aus der Annahme der prinzipiellen Kontingenz und damit des politischen Charakters von diskursiven Prozessen folgt, daß diskursiv erzeugte (Bedeutungs-) Ordnungen durch partielle Sinnfixierungen bestimmte Formen der Problemlösung institutionalisiert und damit zugleich andere Möglichkeiten ausgeschlossen haben. In diesem Sinne sind Diskurse und Diskursformationen als historisch kontingente, aber (infolge ihrer Durchsetzung immer schon) hegemoniale Artikulationen von bestimmten Interessen und Bedürfnissen zu verstehen, über die Identitäten konstruiert werden. Weil diese nur über die Konstruktion eines jeweiligen ‚Außen‘ zu verstehen sind, das unausgesprochen im Inneren der jeweiligen Diskurse operiert, erfordert Diskursanalyse, nicht nur den einzelnen empirischen (Spezial-) Diskurs zu rekonstruieren, der ihren jeweils konkreten Forschungsgegenstand darstellt, sondern diesen in seine historischen und politischen, in Gegendiskursen oder anderen Diskursformationen aufscheinenden Kontexte zu setzen.“ (Hirsland und Schneider 2011: 423–24)

Es wird zwar angenommen, dass Verbindungslinien zu anderen Diskursen verlaufen, aber der Heimatdiskurs existiert für sich und lässt sich losgelöst von anderen analysieren: „Die Emergenz dieses Diskurses, sein Auftauchen als Ergebnis und Bedingung der Verfestigung von *Out of area*-Einsätzen, hat die Erzählungs- und Darstellungsebenen erheblich verändert.“ (Daxner ebd.: 54)

Gerade diese Verengung des analytischen Fokus auf „Präsenz“, „Auslandseinsätze *out of area*“ bzw. „Interventionen“ führt dazu, zu verkennen, in welchem Maße diese Realitätsausschnitte *praktisch* in größere diskursive und gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet sind. Wir zeigen eine mögliche Weiterführung der Analyse im Folgenden entlang der Aspekte „Internationale Strukturierung“ und „Umkämpfter Interventionsdiskurs“ auf.

Internationale Strukturierung

Die internationale Strukturierung des Diskurses wird zwar vielfach thematisiert, aber analytisch ausgegrenzt. Dies ist problematisch, da bestimmte Angriffsflächen für Kritik, außerhalb des Heimatdiskurs-Ansatzes verortet und als gegeben gesetzt werden. Wir haben es praktisch nicht mit einer dualen Interventionsbeziehung (Deutschland-Afghanistan) zu tun, sondern einer multilateralen. Lässt sich wirklich von einem „Zustand des Fluiden“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. von einem noch nicht festgelegten „Dispositiv der künftigen globalen Innen-/Außenpolitik Deutschlands“ (Daxner ebd.: 54) sprechen? Im bereits zitierten Interview sagte Franz Josef Jung 2006:

„Wir haben in unserer Verfassung verankert, dass Landesverteidigung die Aufgabe der Bundeswehr ist. Aber unsere derzeitige Hauptaufgabe der Krisen- und Konfliktbewältigung oder der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind im Grundgesetz nicht ausdrücklich erwähnt.“ (Jung in Löwenstein in FAZ 02.05.2006: 5)

Die Frage ist, wer oder was diese Hauptaufgabe fixiert. Im selben Interview spricht Jung von der Stabilisierung von ‚Failing States‘. Wir lesen dies als Indiz dafür, dass international zirkulierende (auch akademisch geprägte) Diskurs-elemente den deutschen Diskurs maßgeblich mitprägen. Eine Fokussierung auf das „deutsche Problem“ läuft Gefahr dies zu verkennen. Im Zuge einer deutschen Beteiligung an Militäreinsätzen wie in Afghanistan werden nicht nur spezifisch deutsche, historische Erfahrungen aktualisiert, sondern auch (und womöglich ohne größere Thematisierung) an hier unvertraute, aber in den USA, Großbritannien und Frankreich zirkulierende militärische Wissensbestände angeknüpft. Diese Problematik lässt sich im Anschluss an Stephan Malinowski's Artikel „Siegen lernen“ in der *Zeit* entwickeln, in dem der Autor argumentiert, dass die Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak nach dem Vorbild europäischer Kolonialkriege geführt werden:

„Auch in den fünfziger Jahren hatten westliche Demokratien in geografisch und kulturell weit entfernten Regionen asymmetrische Kriege gegen schwer zu identifizierende Guerilla-Einheiten geführt. *Counterinsurgency* (Aufstandsbekämpfung) war und ist das Kennwort dieser Kriegsführung. [...] Allein deutsche Deutungsdebatten scheinen diese Zusammenhänge noch nicht erreicht zu haben – was kaum verwundert: Die deutschen Kolonialerfahrungen liegen fast 100 Jahre zurück und werden militärisch eher mit Massen- und Völkermord als mit Aufstandsbekämpfung assoziiert. [...] Von den für die Öffentlichkeit westlicher Staaten unerträglichen Elementen entschlackt [...] erscheint die

Koppelung von vergleichsweise dosiertem Gewalteininsatz und ‚Entwicklungsarbeit‘ eher zukunftsfruchtig denn vorgestrig. Diese Politik als eine gegen ‚Terroristen‘ gerichtete bewaffnete Aufbauhilfe darzustellen macht den Krieg auch für postheroische Gesellschaften akzeptabel. Ob es allerdings gelingen kann, eine ‚zivilisierte‘ Form kolonialer *counterinsurgency* von ihren kolonialen Schrecken – Entmündigung Unterdrückung und nicht zuletzt: traumatische Niederlagen – zu trennen, daran lässt sich beim Stand der Dinge zumindest zweifeln.“ (Malinowski in ZEIT ONLINE 05.01.2011, Hervorhebg. im Original).²⁹

Hier werden Zusammenhänge zwischen militärzentrierten Diskurskonstruktionen wie dem Heimatdiskurs und solchen, die das Zivile in den Mittelpunkt rücken, sichtbar. Wir nehmen an, dass etwa zum Entwicklungsdiskurs oder postkolonialen Diskurs nicht nur Verbindungslinien verlaufen, sondern mitunter von grundlegenden Deutungskonkurrenzen auszugehen ist.

Umkämpfter Interventionsdiskurs

Indem der Heimatdiskurs-Ansatz weitestgehend innerhalb des Interventionsparadigmas argumentiert, gehen von ihm auch legitimatorische Effekte aus. Es wird der Eindruck vermittelt, dass Interventionen nicht prinzipiell fragwürdig wären.

Uns stellt sich hier die Frage, wie im Rahmen der Theorie des Heimatdiskurses mit den empirischen Evidenzen für das „deutsche Problem“ umgegangen wird. Wir können dies am Beispiel des überaus präsenten Narrativs der außenpolitischen Normalisierung Deutschlands und der damit verbundenen Rede vom Erwachsenwerden diskutieren (siehe auch Al Ahmad et al. in diesem Band). Die außenpolitische Normalisierung wird früh in Leitartikeln forciert³⁰ (z.B. Frankenberger in FAZ 18.12.2001, Feldmeyer in FAZ 12.11.2001), aber auch kritisiert:

29 Siehe dazu auch Thomas Rid's Artikel „Wenn Generäle Politik machen“ in dem die Bedeutung militärnaher Wissensformen und ein neues Verhältnis von Militär und Politik verhandelt werden: „General Petraeus, der selbst in Politikwissenschaft in Princeton promoviert wurde, versammelte eine Gruppe von akademisch und politisch ausgebildeten Offizieren um sich, um die strategische Richtung im Irak vorzugeben.“ (Rid in ZEIT ONLINE 10.04.2008).

30 Dies wird noch im Jahr 2010 explizit kritisiert: „In Deutschland wird man mit Durchhalteparolen auf künftige Tote eingestimmt. Es muss sein, repetieren die politischen und die publizistischen Leitartikler.“ (Willemsen in ZEIT ONLINE 08.07.2010).

„Erwachsen‘ zu werden heißt nicht militärische Potenz und Geringschätzung des Zivilen. Leute, die auf ihr Erwachsensein so stolz sind, verdienen fast schon wieder Misstrauen.“ (Reinecke in taz 08.11.2001: 12)

Hier begegnet uns erneut die Unterscheidung zivil/militärisch. In diesem Kontext bezieht sie sich auf den Gesamtcharakter der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Das Narrativ wird später von dieser abstrakten nationalen Ebene auf die konkrete Problematik des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan bezogen:

„Bisher sind die Auslandseinsätze für die Bundeswehr glimpflich verlaufen. Doch gibt es ein Bewusstsein dafür, dass der schwierige Weg in die Wirklichkeit noch nicht zu Ende ist. [...] Die ‚wirklich harte Bewährungsprobe‘ stehe noch aus, sagte dieser Tage jemand aus der militärischen Führung in Berlin. Was damit gemeint war, ist eindeutig: Ein Kampfeinsatz mit hohen Verlusten an Menschenleben, wie ihn die Bundeswehr bislang noch nicht erlebt hat.“ (Lohse in FAS 18.03.2007: 3)

Wir zitieren Jan Ross, weil dieser eine nuancierte Gegenthese einbaut, die darin besteht, Normalisierung nicht auf die militärische Dimension zu reduzieren:

„Die Veränderung der Weltlage betrifft alle, das ‚Erwachsenwerden‘ dagegen, das Hinausfahren auf die hohe See der internationalen Politik und in die Kältezone des Militärischen, ist ein spezifisch deutsches Thema. [...] Das vielberufene ‚Erwachsenwerden‘ der Bundesrepublik hat nicht in erster Linie mit Wehr und Waffen zu tun – das ist, wie wichtig auch immer, ein Nebenaspekt. Vor allem anderen geht es um Entprovinzialisierung.“ (Ross in ZEIT ONLINE 31.10.2001)

Im Rahmen der Theorie des Heimatdiskurses wird die Normalisierungsthese, wie es scheint, weitgehend akzeptiert und mit „Wehr und Waffen“ assoziiert.

„Dass jetzt allmählich der Selbstbetrug unserer moralischen und pragmatischen Sonderstellung aufgeweicht wird, ist – angesichts der globalen Sicherheitspolitik – ‚an der Zeit‘, andererseits ist es auch eine Chance für eine Neuorientierung ohne Rückfall in den alten Militarismus.“ (Daxner in diesem Band: 41)

In einigen Fällen scheint der Heimatdiskurs sogar eine integrative Funktion zu haben. Er bereitet die Gesellschaft auf zukünftige Veränderungen vor:

„Veteranen sind in der Gesellschaft noch nicht angekommen, der Heimatdiskurs bereitet sie aber darauf vor.“ (Daxner ebd.: 20)

Solche (teils implizit bleibenden) politischen Stellungnahmen der Theorie des Heimatdiskurses lassen sich problematisieren und sichtbar machen, indem man sie mit wissenschaftlichen Positionen, wie sie im Pressediskurs auftauchen, kontrastiert. Zeitgleich mit der Verschärfung der Sicherheitslage in Afghanistan (um das Jahr 2006 herum) beobachten wir eine sich intensivierende Diskussion in Deutschland über Interventionsprojekte. In diesem Zusammenhang häufen sich Beiträge von Wissenschaftlern und Experten.³¹ Als ein wesentlicher Problemkomplex wird die Durchführbarkeit groß angelegter Interventionen seitens westlicher Demokratien verhandelt. Ein Problem, das diskutiert wird, ist eine unterstellte, mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung *hier*, auch kostenintensive und gefährliche Interventionsprojekte zu unterstützen. Es finden sich einige wissenschaftliche und Expertenpositionen, die für das politische Festhalten an der Interventionspolitik auch unter schwierigen Bedingungen argumentieren und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung befördern sollen. Notwendig sei auf eine realistische Politik einzuschwenken. In einem langen Artikel von Herfried Münkler heißt es:

„Auf eineinhalb Jahrzehnte des Interventionismus könnte schon bald eine neue Epoche des Isolationismus folgen. Dessen politische Kosten dürften auf Dauer freilich höher ausfallen als politisch gut vorbereitete und operativ umsichtig angelegte Militäreinsätze in Krisengebieten. [...] Auf lange Sicht kommt es aber auf die Bereitschaft an, humanitäre Interventionen zu unterstützen, auch wenn sie Opfer kosten und ihr Ende nicht absehbar ist.“ (Münkler in FAZ 09.10.2006: 8)

Amitai Etzioni positioniert unter dem aussagekräftigen Titel „Weniger ist mehr“ einen langen Artikel in der FAZ. Etzioni sieht Interventionen als hochkomplexe Projekte, in denen es darum geht „Sozialverhalten in großem Stil zu steuern“ bzw. Versuche „Afghanistan und andere vergleichbare Länder in west-

31 Darunter Politik- und Sozialwissenschaftler aus Universitäten (z.B. Münkler in FAZ 09.10.2006: 8, Etzioni in FAZ 28.07.2008: 8, Bredow in FAS 29.03.2009: 11, Theisen in FAS 02.08.2009: 9, Bliesemann de Guevara und Kühn in ZEIT ONLINE 03.02.2011) sowie aus Forschungsinstituten und Thinktanks (Kaim in FAZ 24.01.2011: 8). Eine Rolle spielen auch Militärexperten (Rühle in FAZ 04.02.2008: 8). Die Afghanistanpräsenz der Bundeswehr wird auch Anlass zu einer Reihe von Artikeln, die im Ressort Wissenschaft erscheinen, bspw. in der FAZ („Natur und Wissenschaft“) (vgl. Speckmann in FAZ 02.12.2009: 4, Croitoru in FAZ 09.06.2010: 4, Speckmann in FAZ 01.12.2010: 4).

liche Gesellschaften zu verwandeln.“ (Etzioni in FAZ 28.07.2008: 8). Weiter heißt es:

„Es sollte Schluss sein mit unrealistischen Versprechen und hochgezüchteten Erwartungen wie denen, dass ganze Länder aus der Armut befreit werden können und zu Reichtum gelangen; dass aus Tyrannei schnell eine funktionierende Demokratie wird; oder dass diese Länder aus dem Zustand des Terrors in den Zustand des Friedens ‚katapultiert‘ werden können. Stattdessen sind ständige Warnungen angebracht, dass der vorausliegende Weg lang und beschwerlich sein wird. Eine solche Abschwächung der Erwartungshaltung ist nicht nur notwendig, um zu verhindern, dass die Moral eines Tages zusammenbricht, sondern auch, dass die Unterstützung für Hilfsmaßnahmen in den Geber- wie den Empfängerländern gleichzeitig abbricht.“ (Etzioni in FAZ 28.07.2008: 8)

Es geht in diesem Kontext explizit darum, die Debatte nicht auf normative Aspekte zu verengen, sondern die Praxis des Intervenierens in den Blick zu nehmen. Eric Chauvistré bringt dies im Artikel „Fluch der guten Absicht“ auf den Punkt:

„Die Frage nach der Legitimation reicht nicht aus. Dieser in Deutschland so gern geführte Diskurs ist notwendig – aber er ist nicht hinreichend. Was fehlt, ist die Frage nach der technischen und politischen Machbarkeit, nach der Effektivität militärischer Macht. Auch das schönste UN-Mandat ist keine Gewähr für das Gelingen einer Mission. [...] Die Beschränkung auf Fragen nach den juristischen und ethischen Grundlagen ist umso problematischer, als der Streit zumeist über Krieg und Gewaltanwendung im Allgemeinen und nicht mit Bezug auf einen konkreten Fall geführt wird.“ (Chauvistré in taz 21.01.2010: 12)

Mit Berit Bliesemann de Guevara und Florian Kühn kommen in dieser Debatte auch Forscher zu Wort, die dem Forschungsnetzwerk Interventionskulturen angehören und AutorInnen dieses Bandes sind. Innerhalb dieses Netzwerks wird auch die Heimatdiskurs-Forschung vorangetrieben. Sie weisen auf praktische Probleme der Umsetzung von Interventionsprojekten hin. Ein Aspekt ist die mangelnde Anerkennung durch die Lokalbevölkerung. In diesem Zusammenhang werden mangelnde Mitspracherechte thematisiert:

„Dass die Politik des Statebuilding in westlichen Hauptstädten gemacht wird, bringt Bündniserwägungen, wirtschaftliche und normative Überlegungen ins Spiel, die häufig nichts mit der sozialen Wirklichkeit zu tun haben. Lokale Bevölkerungen haben darin wenig bis keine Mitwirkungsmöglichkeiten: Weder stehen ihnen die Planungen für Hilfsmaßnahmen offen noch können sie die zugrunde gelegten Wertvorstellungen beeinflussen.

Der internationale Interventionismus ist insofern doppelt verantwortungslos: Zum einen strebt er danach, die Situation von Bevölkerungen zu verbessern, ohne diese an der Zielplanung oder gar deren Überprüfung zu beteiligen. Und zum anderen versuchen nationale Regierungen mit Verweis auf Bündnisverpflichtungen und internationale Absprachen, ihren heimischen Wählern diese Politik als alternativlos zu verkaufen.“ (Bliesemann de Guevara und Kühn in ZEIT ONLINE 03.02.2011)

Die Kopplung an die Theorie der Interventionsgesellschaft bringt den Heimatdiskurs in die Nähe bestimmter Diskurspositionen. Sie steht den oben zitierten Äußerungen näher als etwa der interventionsskeptischen Argumentation Heinz Theisens, Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Köln:

„Wir müssen die Grenzen zwischen den Kulturen stärker beachten und uns wie bereits im Kalten Krieg auf die Verteidigung der eigenen Hemisphäre beschränken. Die erste Niederlage wird der Nato in Afghanistan nicht erspart bleiben. Wenn der geordnete Rückzug mit einer plausiblen Erklärung des Scheiterns und mit einer realistischen Zukunftsstrategie verbunden wird, muss diese Niederlage keineswegs zum Zerfall der Nato führen. Das Vertrauen der interventionsskeptischen Bürger im Westen könnte angesichts realistischer Ziele sogar wieder zunehmen. Die Nato braucht eine Art Realpolitik der Kulturen.“ (Theisen in FAS 02.08.2009: 9)

Die Akzentsetzung auf das Militärische im Heimatdiskurs – es geht um Auslandseinsätze der *Bundeswehr* – korrespondiert letztlich mit einem „realistischen“ Politikverständnis, wie es in einer Äußerung des Leiters des Planungsreferats der Politischen Abteilung der Nato in Brüssel, Michael Rühle, anklingt:

„Der Versuch, unter Hinweis auf die globale Erwärmung den Klimaschutz als visionäre Sicherheitspolitik anzupreisen, ist allerdings zu durchsichtig – und zu ‚typisch deutsch‘ –, um sich damit unliebsamen militärischen Fragen entziehen zu können. Würde sich die deutsche Sicherheitspolitik tatsächlich in diese Form des Eskapismus flüchten, wäre sie am Ende – und dies, lange bevor die Polkappen geschmolzen sind.“ (Rühle in FAZ 04.02.2008: 8)

Hier wird das Motiv des typisch Deutschen argumentativ gegen Formen nicht-militärischer Konfliktprävention und -bearbeitung gewendet.

4 RESÜMEE UND AUSBLICK

Der Interventionsdiskurs ist *Teil* eines umfassenderen, umkämpften Heimatdiskurses. Mit der Engführung von *Heimat*diskurs auf einen ganz bestimmten Typ von Interventionsdiskurs, der „sein Zentrum in einem Land hat, das sich aktiv an einer Intervention engagiert und Truppen für diese Intervention entsendet“ (Daxner in diesem Band: 26) wird „Heimat“ in einen bestimmten Denkhorizont eingeordnet: Es geht um die Heimat der Intervenierenden. Aus der Interventionsgesellschaft wird auf Heimat zurückgeblickt und in die Heimat zurückgekehrt. An der Heimatfront wird diskutiert. Assoziationen mit vorhandenen, nicht unproblematischen Deutungsmustern liegen nicht fern: Verteidigung unserer friedlichen Heimat am Hindukusch oder gar unserer ökonomischen Heimat weltweit. Ist dies die „definitions- und ausdeutungsfähige Qualität.“ (ebd.: 30) die das Wort Heimat im Kontext des Interventionsdiskurses gewinnt?

Es soll ja gar nicht um Heimat gehen, wird betont. Aber der Begriff wird eingeführt und in einem Problemzusammenhang artikuliert, in dem er Bedeutung entfaltet. Die Reduktion des Bedeutungsgehalts von Heimatdiskurs auf die Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist kaum anders als eine intendierte, strategische Intervention und Provokation zu verstehen: Eine Erinnerung, dass man sich hierzulande – wenn es um Heimat geht – *auch* mit Sicherheit, Militär, Gewalt und Krieg auseinandersetzen muss.

Eine Kontroverse darüber, inwieweit Heimatdiskurs darüber hinaus als kritischer Analysebegriff brauchbar ist, steht teilweise aus. „Heimat“ ist ein Begriff, der als „Assoziationsgenerator“ (Gebhard, Geisler und Schröter 2007: 9) das Potential in sich trägt zahlreiche semantische Verknüpfungen herzustellen. Seine politische Geschichte ist brisant. Er stößt auf einen subjektiven Resonanzboden, spielt eine Rolle bei Selbst- und Fremdbildern. Heimat verweist auf eine Reihe von Grenzziehungen: das Eigene/ das Fremde, Wir/ die Anderen, Hier/ Dort, Nähe/ Ferne. Gerade seine Mehrdeutigkeit und die historische Erinnerung, die sich in ihm verdichtet, machen den Begriff des Heimatdiskurses interessant.

Ein erster Schritt wäre Heimatdiskurs als Grenz- und Relationsbegriff zu diskutieren: Heimat hier in Beziehung zu Heimaten dort; Bewahrung unserer Heimat hier, Reform der Beheimatung dort; der deutsche Entwicklungshelfer und afghanische Intellektuelle, die in ihre Heimat zurückkehren; afghanische Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen, und auf die Grenzen unserer ökonomischen Heimat stoßen.

LITERATUR

- Alessandrini, Anthony. 2011. *The Others, the Elsewhere of Our Here*. <http://www.jadaliyya.com/pages/index/2861/the-others-the-elsewhere-of-our-here> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Amendt, Günter. 2004. „Not macht Mohnbauern.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.3.2004, S.40.
- Bacia, Horst. 2006. „Psychologische Überlegenheit.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.10.2006, S.3.
- Bittner, Jochen. 2007. „Wettlauf um Afghanistan.“ *Die Zeit* (31), 26.07.2007 <http://pdf.zeit.de/2007/31/Afghanistan.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Bliesemann de Guevara, Berit, und Florian Kühn. 2011. „Wir sind nicht nur hier, um zu helfen.“ *Die Zeit* (6), 3.2.2011. <http://pdf.zeit.de/2011/06/P-Intervention.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Böge, Friederike. 2010. „Wortgefecht.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.7.2010, S. 44.
- . 2011. „Hand in Hand in verschiedenen Welten.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.12.2011, S.4.
- Böhm, Andrea. 2008. „Unser Erster Krieg.“ *Die Zeit* (9), 21.02.2008. http://pdf.zeit.de/2008/09/Unser_erster_Krieg.pdf (aufgerufen am 08.08.2012).
- Böhm, Peter. 2002. „Eine Frage des politischen Willens.“ *die tageszeitung*, 23.10.2002, S. 11.
- Bredow, Wilfried von. 2009. „Verdammt zum Erfolg.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 29.03.2009, S.11.
- Chauvistré, Eric. 2005. „Eine blasse Linie zwischen Schutz und Kampf.“ *die tageszeitung*, 28.09.2005, S. 6.
- . 2010. „Fluch der guten Absicht.“ *die tageszeitung*, 21.01.2010, S.12.
- Croitoru, Joseph. 2010. „Der sensible Soldat im Einsatzgebiet.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.06.2010, S. 4.
- Daxner, Michael. 2010. „Das Konzept von Interventionskultur als Bestandteil einer gesellschaftsorientierten theoretischen Praxis.“ In *Interventionskultur: Zur Soziologie von Interventionengesellschaften*, hrsg. v. Thorsten Bonacker, et al., S. 75-100. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ehrhardt, Christoph. 2008. „Werben an der Heimatfront.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.10.2008, S.3.
- Encke, Julia. 2009. „Die Stimmen der Soldaten.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 13.09.2009, S.23.

- Etzioni, Amitai. 2008. "Weniger ist mehr." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.07.2008, S.8.
- Feldmeyer, Karl. 2001. "Die neue Wirklichkeit." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.11.2001, S.1.
- Frankenberger, Klaus-Dieter. 2001. "Truppen am Hindukusch." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.12.2001, S.1.
- Franzen, Günter. 2011. "Unter Postheroen." *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 27.02.2011, S. 10.
- Gaus, Bettina. 2002. "Bombige Diplomatie." *die tageszeitung*, 15.03.2002, S.12.
- . 2004. "Einsatz auf der Insel der Stabilität." *die tageszeitung*, 28.02.2004, S.4.
- Gebhard, Gunther, Oliver Geisler, und Steffen Schröter. 2007. "Heimatdenken: Konjunkturen und Konturen. Statt einer Einleitung." In *Heimat: Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts*, hrsg. v. Gunther Gebhard, Oliver Geisler, und Steffen Schröter, S. 9-56. Bielefeld: transcript.
- Geis, Matthias. 2001. "Fischer, der Krieg und die Vision." *Die Zeit* (40), 27.09.2001. http://pdf.zeit.de/2001/40/Fischer_der_Krieg_und_die_Vision.pdf (aufgerufen am 08.08.2012).
- Haas, Claude. 2010. "Krieg ist plötzlich ein tröstendes Wort." *Die Zeit* (17), 22.04.2010. <http://pdf.zeit.de/2010/17/Soldaten.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Hanfeld, Michael. 2007. "Denn sie wissen, dass sie ein Ziel abgeben." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.05.2007, S.37.
- Hansen, Sven. 2001. "A wie Afghanistan, B wie Bundeswehr." *die tageszeitung*, 1.12.2001, S.1.
- . 2002. "Vorwärts zum Aufbau." *die tageszeitung*, 13.02.2002, S.6.
- Hirsland, Andreas, und Werner Schneider. 2011. „Wahrheit, Ideologie, Diskurs: Zum Verhältnis von Diskursanalyse und Ideologiekritik.“ In *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band 1: Theorien und Methoden*, hrsg. v. Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider, und Willy Viehhöfer, S. 401-432. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Hofmann, Gunter. 2001. „Eine neue Form der Selbstverteidigung.“ *Die Zeit* (43), 18.10.2001. http://pdf.zeit.de/2001/43/Eine_neue_Form_der_Selbstverteidigung.pdf (aufgerufen am 08.08.2012).
- Innacker, Michael. 2002. „Deutschland im Krieg.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 10.03.2002, S.3.
- . 2003. „„Wir formen eine Armee im Einsatz“: Peter Struck über seine Gespräche mit Soldaten-Witwen - und warum die Nato in den Irak soll.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 10.08.2003, S.4.

- Jäger, Margarete, und Siegfried Jäger. 2007. *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Kaim, Markus. 2011. „Es fehlt der strategische Konsens.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.01.2011, S.8.
- Keller, Anett. 2006. „Wenn Soldaten Brücken bauen.“ *die tageszeitung*, 11.11.2006, S.2.
- Kober, Henning. 2005. „Hindukusch, Kohlroulade und Kraut.“ *die tageszeitung*, 28.09.2005, S.13.
- König, Jens. 2007. „Mandat für den Sturzflug.“ *die tageszeitung*, 7.2.2007, S.5.
- Ladurner, Ulrich. 2007. „Sie mögen uns.“ *Die Zeit* (11), 8.03.2007. <http://pdf.zeit.de/2007/11/Afghanistan.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Lau, Jörg. 2003. „Der Ein-Mann-Think-Tank.“ *Die Zeit* (45), 30.10.2003. http://pdf.zeit.de/2003/45/P-M_9fnkler.pdf (aufgerufen am 08.08.2012).
- . 2007. „Krieg gegen die Deutschen?“ *Die Zeit* (35), 23.08.2007. http://pdf.zeit.de/2007/35/Krieg_gegen_die_Deutschen.pdf (aufgerufen am 08.08.2012).
- Lohse, Eckart. 2007. „Noch ist es immer glimpflich ausgegangen.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 18.03.2007, S.3.
- Löwenstein, Stephan. 2005. „Mehr Soldaten auf dem Boden.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.10.2005, S.12
- . 2006. „„Verteidigung neu definieren“: Minister Jung über die Bundeswehr und das Grundgesetz.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.5.2006, S.5.
- Malinowski, Stephan. 2011. „Siegen lernen.“ *Die Zeit* (2), 5.1.2011. <http://pdf.zeit.de/2011/02/Kolonialkrieg.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Martens, Michael. 2002. „Sicherheit für Kabul, Starthilfe für afghanische Firmen.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.02.2002.
- Mignolo, Walter. 2011. *Geopolitik des Wahrnehmens und Erkennens: (De)Kolonialität, Grenzdenken und epistemischer Ungehorsam*. Europäisches Institut für Progressive Kulturpolitik. <http://eipcp.net/transversal/0112/mignolo/de> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Minkmar, Nils. 2010. „Der afghanische Blick.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 25.04.2010, S.23.
- Münkler, Herrfried. 2006. „Militärinterventionen in aller Welt.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.10.2006, S.8.
- Reinecke, Stefan. 2001. „Krieg ohne Hitler.“ *die tageszeitung*, 8.11.2001, S.12.
- Rid, Thomas. 2008. „Wenn Generäle Politik machen.“ *Die Zeit* (16), 10.04.2008. http://pdf.zeit.de/2008/16/Wenn_Generale_Politik_machen.pdf (aufgerufen am 08.08.2012).

- Ross, Jan. 2001. „Arbeit am neuen Weltbild.“ *Die Zeit* (45), 31.10.2001. http://pdf.zeit.de/2001/45/Arbeit_am_neuen_Weltbild.pdf (aufgerufen am 08.08.2012).
- Rühle, Michael. 2008. „Am Rubikon der Kampfeinsätze.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.02.2008, S.8.
- Schwarz, Patrick. 2002. „KSK kämpft in Afghanistan nur punktuell.“ *die tageszeitung*, 13.03.2002, S.6.
- Schwarzbeck, Martin. 2010. „Universitäten im Krieg.“ *die tageszeitung*, 8.2.2010, S.21.
- SEV. 2001. „Deutsche Truppen in den Hindukusch?“ *die tageszeitung*, 3.12.2001, S.5.
- Smith, Dan. 2012. „Von Afrika lernen heißt siegen lernen.“ *Die Zeit* (3), 12.01.2012. <http://pdf.zeit.de/2012/03/P-Europa.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012)
- Sommer, Theo. 2001. „Ein halber Frieden.“ *Die Zeit* (51), 13.12.2001. http://pdf.zeit.de/2001/51/Ein_halber_Frieden.pdf (aufgerufen am 08.08.2012)
- . 2002. „Nach Kabul? Nur mit Schutzweste.“ *Die Zeit* (40), 26.09.2002. http://pdf.zeit.de/2002/40/Nach_Kabul_Nur_mit_Schutzweste.pdf (aufgerufen am 08.08.2012)
- Speckmann, Thomas. 2009. „Vom unschuldigen Zivilisten.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.12.2009, S.4.
- . 2010. „Ritter, Tod und Taliban oder Vom unheroischen Westen.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.12.2010, S.4.
- Stelzenmüller, Constanze. 2003. „Schnauze voll vom Krieg.“ *Die Zeit* (44), 23.10.2003. <http://pdf.zeit.de/2003/44/Kundus.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012)
- Stephan, Cora. 2009. „Wir Friedensverwöhnte.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 6.12.2009, S.13.
- Taheri, Ahmed. 2006. „Mörderische Hitze im ruhigen Norden.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.6.2006, S.1.
- Tenberg, Natalie. 2009. „Es ist Krieg – und keiner schaut hin.“ *die tageszeitung*, 2.2.2009, S.13.
- Theisen, Heinz. 2009. „Der Kulturkrieg.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 2.8.2009, S.9.
- Todenhöfer, Jürgen. 2012. „Der syrische Knoten.“ *die tageszeitung*, 20.03.2012, S.4-5.
- Walther, Rudolf. 2010. „Unser Vietnam.“ *die tageszeitung*, 27.05.2010, S.12.
- . 2010. „Die Geister des Krieges.“ *die tageszeitung*, 19.08.2010, S.15-16.

- Wefing, Heinrich. 2009. „Krieg.“ *Die Zeit* (47), 12.11.2009. <http://pdf.zeit.de/2009/47/Kriegsbegriff.pdf> (aufgerufen am 08.08.2012)
- Weiland, Severin. 2001. „Der Einsatz steht.“ *die tageszeitung*, 22.12.2001, S.1.
- Willeke, Stefan. 2008. „Der Krieg der anderen.“ *Die Zeit* (38), 11.09.2008. <http://www.zeit.de/2008/38/DOS-Afghanistan> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Willemsen, Roger. 2010. „Kriegsgötterdämmerung.“ *Die Zeit* (28), 8.07.2010. <http://www.zeit.de/2010/28/Afghanistan-Krieg> (aufgerufen am 08.08.2012).
- Winkelmann, Ulrike. 2008. „Sind wir schon im Krieg?“ *die tageszeitung*, 20.9.2008, S.12.
- Zastrow, Volker. 2006. „Bild mit Tod.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 29.10.2006, S.3.